

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erk. Erkennt jeden Donnerstag. Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr.

Infektionspreis pro dreigezaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zehlfalten 30 Pfg.

## Sturmkolonnen, heraus!

In dröhnenden Schritten haben die Vortruppkolonnen der deutschen Arbeiterschaft ihren siegreichen Vormarsch im Jahre 1911 fortgesetzt. Zweieinhalb Millionen Männer und Frauen sind nun der großen Kämpferschar der deutschen Gewerkschaften angeschlossen. Und

### 4 1/4 Millionen Männer über 25 Jahre alt

halten fest und treu zur Fahne für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Sie alle hoffen, gestützt nur auf eigene Kraft, die Erlösung von Not und Elend. Dieses riesige Heer stellt eine Macht dar, die mit dem größten Militärstaat rivalisieren kann. Und was von größter und wichtigster Bedeutung ist, alle diese Kämpfer sind keine Zwangssoldaten wie sie der Militärstaat in den Kasernen hat, sondern freie Männer! Sie sind aus Ueberzeugung und Solidarität in die Reihen der großen Geistes- und Freiheitskämpfer eingetreten, sind also keine Heloten, die sich auf dem Paradesfeld als Puppen oder auf dem Schlachtfeld als Schänen zeigen. Ihr einziges Streben ist, für sich und die Ihrigen auskömmliche Lebensbedingungen und eine bessere Zukunft zu schaffen.

Daß nach kaum zwanzigjähriger freier Entwicklungsperiode es gelingen würde, mehr als einem Drittel der deutschen Industrieproletarier den siegverheißenden Glauben des Sozialismus zu eigen zu machen, hätte kaum jemand zu hoffen gewagt. Daß es hierzu äußerster Kraftanstrengung bedurfte und viele Opfer gebracht werden mußten, ist aber klar. Doch die Erfolge sind in kultureller Hinsicht von solch großer Bedeutung, daß sie die Opfer tausendfach aufwiegen. Jedem denkenden Arbeiter muß das um so greifbarer werden, wenn er sich folgende Fragen vorlegt: Wie würde es um den Arbeiter bestellt sein bei Krankheit, Unfall, Invalidität und im Alter, wenn es keine Sozialdemokratie gäbe? Hätten wir überhaupt einen Arbeiterschutz, hätten wir Frauen-, Jugend- und Kinderschutzgesetze? Wie würde es mit der dürftigen Sonntagsruhe, der Beschränkung der Arbeitszeit in gesundheits-schädlichen Industrien und Gewerben aussehn? Hätten wir die nutzbringenden Gewerbeberichte? Wäre das wenigstens einigermaßen verbesserte Vereins- und Versammlungsrecht gekommen? Und die allgemeine Steuerbelastung wäre jedenfalls noch eine viel ungeheuerlichere, wenn nicht die Sozialdemokratie gegen die uferlosen Flotten- und Militärrüstungen stets die Volksmassen aufgeklärt und stets für den Weltfrieden demonstriert hätte! Wie hoch würden wohl die Lebensmittelkölle und -preise sein, wenn die Raubritter und Scheinheiligen im Reichstage allein maßgebend wären??

Schon längst hätten die reaktionären Parteien und die Arbeitgeberverbände, die der Vätermeister natürlich in erster Linie mit, all die Errungenschaften des Proletariats wieder vernichtet, wenn nicht eine Millionen-armee denkender freier Männer und Frauen sie verteidigte, eine Armee, die von der gewinnstüchtigen Meute, welche den kapitalistischen Staat beherrscht, doch zu sehr gefürchtet wird. Vor unwissenden, stumpfsinnig dahinbrütenden Volksmassen würde weder die Regierung noch die Ausbeutersippe Respekt haben; im Gegenteil! Solche Massen sucht man zu züchten und deren Dummheit zum eigenen Vorteil auszunützen. Nur diese Ausnützung der Unwissenheit und das blutsaugerische brutale Auftreten der herrschenden Massen hat letztere zu Reichtum und Macht kommen lassen. Letztere ihnen wieder zu entwenden und auf die Allgemeinheit zu übertragen, die Millionen glücklich zu machen, die jetzt in Elend und Unfreiheit dahinleben müssen, das sind die Ideale, um die wir ringen.

Leider sind unter diesen unwissenden, stumpfsinnig dahinbrütenden Volksmassen auch noch Hunderttausende Berufskollegen und Kolleginnen!

An diese heranzukommen, muß unsere nächste und zugleich wichtigste Aufgabe sein. Die günstigste Zeit zu solch ersprießlicher Arbeit ist die jetzige. Die glänzenden Erfolge der Arbeiterbewegung, die kolossale Mitgliederzunahme der Gewerkschaften, die vielen Millionen Mark, die an Lohnerhöhungen erkämpft wurden und dadurch in die Taschen der Arbeiter fließen, sind das beste Anreizmittel, wenn man sie unorganisierten Kollegen eindringlich vorträgt. Schon die geradezu ausgezeichneten Erfolge unseres Verbandes, die wir in unserm Jahrbuch zusammengestellt finden, müssen in jedem Verbandsmitglied den heißesten Wunsch erwecken lassen: Es muß noch mehr erreicht werden! Und deshalb muß der innere Trieb und Drang nach agitatorischer Betätigung unter unsern

**Das Jahrbuch 1911  
ist jetzt zum Versand gekommen. Man fordere es von  
der Leitung der Zahlstelle.**

Mitgliedern selbst noch viel größer werden. Tausende sind es leider immer noch, die das ganze Jahr keinen Finger rühren, kein Wort verlieren, um unsere Ideen zu verbreiten. Tausende und Abertausende Verbandsmitglieder leben dahin, ohne in der Woche nur einmal den Verband in Erwähnung zu bringen. Man ist eben nur Mitglied zum Unterstützungsempfang, aber noch weit davon entfernt, vom Wesen der Organisation einen Begriff zu haben.

Wie sollen solche Mitglieder neue Kämpfer für unsere gute Sache gewinnen können? **Jedes Jahr mindestens ein neues Mitglied zu gewinnen, muß Grundsatz und Ehrensache für jedes Verbandsmitglied werden.** Ein leichtes ist es allen, die den Willen dazu haben. Diesen Willen wachzurufen und ihm Energie zu verleihen, muß jetzt in jeder Versammlung und in jedem Flugblatt geschehen. Der Ruf: Sturmkolonnen des Verbandes, Pioniere, heraus auf das Arbeitsfeld der Organisation! muß wie schmetternde Trompetenfanfaren alle Betriebe durchbrausen und die Schläfer erwecken zum fröhlichen und pflichtbewußten Angriff auf Rückständigkeit und Gleichgültigkeit. Jetzt, wo die Sonne wieder freundlich lacht und alles in der Natur sich frisch belebt, darf es kein langes Zögern und Zaudern mehr geben.

### Es ist höchste Zeit,

den Träumern und Zaghafte neuen Mut und Selbstvertrauen beizubringen. Denn Mutlosigkeit und Fehlen jeglichen Zieles für die Zukunft, sind bisher die größten Hindernisse gewesen, die in den Menschen niemals befreiende Taten haben reifen lassen.

Deshalb, Ihr wackeren Streiter, an die Arbeit, solange Unorganisierte Euch auf Schritt und Tritt in die Hände laufen. Der letzte Freund und Kamerad muß herangeholt werden, damit bald das schlechte Beispiel, daß „der oder jener auch nicht dabei ist“, nicht mehr als Vorwand genommen werden kann. Große innerliche Befriedigung wird es jedem geben, sich dann sagen zu können: „Ich und meine Freunde und Kameraden, wir sind eines

Herzens und eines Sinnes. Wir haben die Zeit verstanden, die den Menschen zum Bewußtsein gebracht hat, daß nur in der Organisation das Heil der Gesamtheit liegt.“

### Erfüllt Eure Pflicht!

Das sei der tägliche Mahnruf der Mitglieder untereinander; denn nur dann wird das ganze Verbandsleben ein noch besseres Gepräge bekommen, und unsere Siege werden leichter erkochten werden und nachhaltiger wirken.

Vor allem Ihr Vorstandsmitglieder, seid auf dem Posten, wenn es gilt, seitens der Lokalverwaltungen Pläne irgendwelcher Art zur Ausführung zu bringen. Ruft zu rechter Zeit die tätigen Mitglieder zusammen, gebt ihnen Anregungen, weist sie an in jeder Weise, kurz gesagt, organisiert den Angriff. Wo derselbe planmäßig vorbereitet ist, ist der Erfolg von vornherein sicher. Verteilt die Waffen des Wissens, mit denen den verblendeten Kollegen und Kolleginnen die Augen geöffnet werden können.

### Bildet Sturmkolonnen,

die in die verschanzten Betriebe aller Art eindringen und den in „unterirdischen Gefängnissen“ schmachtenden Arbeitsflaven und den Soldknechten des Großkapitals die Freiheit geben!

Bildet Sturmkolonnen, die in diesem harten Kampfe sich nicht beirren lassen und mit Ausdauer und Geduld den Aufklärungsdienst versehen, die dann zu gegebener Zeit auch im Vordertreffen stehen und nicht von der Stelle weichen, bis auf allen Verbandsplätzen das Siegesbanner der Organisation weht!

### Die Tarifverträge im Berufe.

II.

Ueber den Inhalt der Tarifverträge liegen bis jetzt noch keine Zusammenstellungen vor, so daß es uns auch nicht möglich ist, Vergleiche gegen frühere Jahre anzustellen zu können. Die Tarifstatistik ist jedoch für unsere Arbeiter insofern von Interesse, weil daraus sichere Schlüsse für die festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen gezogen werden können. Während die Lohnverhältnisse und die Arbeitszeit in den nicht tariflich geregelten Betrieben großen Schwankungen unterworfen sind, die auf die Qualifikation des Arbeiters oder auf das Guidünfen der Unternehmer zurückgeführt werden müssen, haben wir es in den Tarifen mit festen Normen zu tun, die wir am besten als Gradmesser für die durch die Organisation erreichten Verbesserungen verwenden können.

Bei den **Bäckern** kommen in den Verträgen verschiedene Lohnarten noch in Frage. Neben dem Kost- und Logiszwang, der in 10 Tarifen besteht, ist die Beseitigung der Kost unter Beibehaltung des Logis beim Unternehmer in 24 Tarifen durchgeführt, und in 140 Verträgen ist die Vergeltung festgesetzt. Soweit nun die Tarife für die Arbeiter in Kost und Logis beim Unternehmer in Frage kommen, konnten folgende Mindestlöhne festgesetzt werden:

73 Betriebe mit 65 Arbeitern	Mindestlohn M.	8
19 " " 26 " "	" "	9
27 " " 46 " "	" "	10
2 " " 4 " "	" "	11
2 " " 5 " "	" "	13
123 Betriebe mit 146 Arbeitern	Durchschnitt M.	9
Bei den Beschäftigten ohne Kost, aber mit Logis beim Unternehmer ergaben sich in 24 Tarifen nachstehende Mindestlöhne:		
38 Betriebe mit 56 Arbeitern	Mindestlohn M.	14,—
172 " " 205 " "	" "	16,50
242 " " 295 " "	" "	17,—
180 " " 128 " "	" "	17,50
204 " " 272 " "	" "	18,—
60 " " 107 " "	" "	19,—
1 " " 2 " "	" "	20,—
897 Betriebe mit 1065 Arbeitern	Durchschnitt M.	17,40

In den 140 Tarifen, bei welchen für die Beschäftigten in den Bäckereien Bargelddlöhne festgesetzt sind, zeigt folgende Zusammenstellung die vereinbarten Mindestlöhne:

17 Betriebe mit 7 Arbeitern	22 Arbeitern	Mindestlohn M. 18,—
99 " " "	25 " " "	" " 19,—
15 " " "	136 " " "	" " 20,—
103 " " "	30 " " "	" " 20,50
640 " " "	69 " " "	" " 21,—
173 " " "	1216 " " "	" " 21,50
2 " " "	393 " " "	" " 22,—
1095 " " "	58 " " "	" " 22,50
525 " " "	1394 " " "	" " 23,—
594 " " "	3907 " " "	" " 23,50
1 " " "	738 " " "	" " 24,—
161 " " "	12 " " "	" " 24,50
2208 " " "	618 " " "	" " 25,—
105 " " "	3949 " " "	" " 25,50
433 " " "	193 " " "	" " 26,—
10 " " "	1689 " " "	" " 27,—
8 " " "	86 " " "	" " 27,50
54 " " "	73 " " "	" " 28,—
10 " " "	449 " " "	" " 29,—
1 " " "	112 " " "	" " 30,—
2 " " "	54 " " "	" " 30,50
1 " " "	23 " " "	" " 31,—
1 " " "	15 " " "	" " 32,—
1 " " "	38 " " "	" " 33,—
1 " " "	8 " " "	" " 38,—

6261 Betriebe mit 14707 Arbeitern ... Durchschnitt M. 24,—

Hier kommt ebenfalls dieselbe Tatsache in Erscheinung wie in unserer allgemeinen Statistik, nämlich, daß die in Kost und Logis oder mit halber Verpflegung beim Arbeitgeber gegen die in Barlohn Beschäftigten ein schlechteres Lohn Einkommen haben. Das Durchschnittsminimum bei letzteren ist M. 24 pro Woche, während unter Anrechnung von Kost und Logis zu M. 12 nur M. 21, und des Logis zu M. 3 nur M. 20,40, also um M. 3 beziehungsweise M. 3,60 weniger, als Durchschnitt des Mindestlohnes festgesetzt wurden. Dadurch haben wir auch den Beweis erneut bekommen, daß der Kost- und Logiszwang ungünstig die Mindestlöhne beeinflusst und ein Hindernis bildet, um der Varentlohnung gleichzukommen.

Für die Konditoren bestehen erst zwei Tarife in 197 Betrieben und für 166 Personen, die in München mit der Unternehmerorganisation der Konditoren und für die Badegewerkschaften in den Bäckereien vereinbart wurden. Der Mindestlohn beträgt bei ersteren M. 23, die wöchentliche Arbeitszeit 66 Stunden, und die Ueberstunden werden mit 50 % bezahlt. Für die Beschäftigten in den Bäckereien ist der Mindestlohn auf M. 26 bei achtundzweigtündiger wöchentlicher Arbeitszeit und die Bezahlung der Ueberstunden auf 60 % festgesetzt. An Ferien werden 5 bis 8 Tage gewährt.

In der Großindustrie bestehen 12 Tarife für 22 Betriebe mit 416 Arbeitern und 613 Arbeiterinnen. Die tariflich festgelegten Mindestlöhne betragen für Arbeiterinnen:

In 2 Betrieben mit 20 Arbeiterinnen	M. 9,—
" 1 Betrieb " 14 "	" 9,27
" 12 Betrieben " 364 "	" 9,50
" 1 Betrieb " 20 "	" 9,80
" 1 " " 100 "	" 10,50
" 1 " " 10 "	" 10,80
" 1 " " 43 "	" 13,20

Aus drei Tarifen ist der Mindestlohn nicht ersichtlich. Für die Arbeiter (in zwei Verträgen sind keine Angaben enthalten) beträgt der Mindestlohn:

In 2 Betrieben mit 31 Arbeitern	M. 18,—
" 1 Betrieb " 23 "	" 20,60
" 1 " " 8 "	" 21,—
" 3 Betrieben " 68 "	" 22,—
" 10 " " 200 "	" 23,—
" 1 Betrieb " 1 Arbeiter	" 25,—
" 1 " " 38 Arbeitern	" 25,50
" 1 " " 19 "	" 27,50

Der Durchschnitt des Lohnminimums beträgt hier bei den Arbeiterinnen M. 9,94, bei den Arbeitern M. 22,70. Wir haben also bei den Tarifverträgen nachstehende Mindestdurchschnittslöhne ermittelt:

Bäcker in Kost und Logis	M. 9,—
Bäcker außer Kost (mit Logis)	" 17,40
Bäcker im Barlohn	" 24,—
Konditoren in Konditoreien	" 23,—
Konditoren in Bäckereien	" 26,—
Arbeiterinnen in der Großindustrie	" 9,94
Arbeiter in der Großindustrie	" 22,70

Wie jedoch die tatsächlichen Löhne aller den Tarifen unterstellten Personen sind, das kann aus den Verträgen nicht herausgefunden werden, weil hier nur die Mindestlohnsätze festgelegt sind. So erhalten die verantwortlichen oder Spezialarbeiter höhere Löhne als die Mindestsätze, ebenfalls trifft daselbe auf einen großen Teil der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen zu. Eine genaue Feststellung der verschiedenen Lohnabstufungen ist nur durch eine besondere Umfrage bei den im Vertragsverhältnis stehenden Personen zu erhalten. Aber insofern lassen sich aus obiger Zusammenstellung sichere Schlüsse ziehen, wenn wir das tarifliche Durchschnittslohnminimum mit den allgemeinen Durchschnittslöhnen aus der statistischen Erhebung 1910 vergleichen. Dann haben wir nachstehendes Bild vor uns:

	Mindesttariflicher Durchschnittslohn	Allgemeiner Durchschnittslohn
	M.	M.
Bäcker in Kost und Logis	9,—	9,72
Bäcker außer Kost (mit Logis)	17,40	20,78
Bäcker im Barlohn	24,—	26,97
Konditoren	23,— u. 26,—	27,18
Arbeiterinnen in der Großindustrie	9,94	10,82 u. 8,14
Arbeiter in der Großindustrie	22,70	20,66 u. 9,16

Hieraus geht hervor, daß die im Tarifverhältnis Beschäftigten höhere Löhne verdienen, als in solchen Betrieben bezahlt wird, wo dem Unternehmer noch das alleinige Recht der Lohnfestsetzung vorbehalten bleibt.

Die Arbeitszeit in den Verträgen ist überall täglich vereinbart. Bei der Zusammenstellung mußte jedoch zur Gewinnung eines genauen Resultats die Berechnung der wöchentlichen Arbeitszeit erfolgen. Die Fortschritte der Organisation treten hier noch besser als bei den Löhnen in Erscheinung. Die Arbeitszeit in den Bäckereien nach den bundesrätlichen Bestimmungen ist in 51 Verträgen für 1879 Betriebe und 2969 Arbeiter vereinbart. In den übrigen 6400 Betrieben mit 14 072 Beschäftigten ist die Arbeitszeit bedeutend kürzer.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt in:

42 Betrieben mit 96 Beschäftigten	84 Stunden
1837 " " 2873 "	82 " "
140 " " 100 "	79 " "
1637 " " 2043 "	76 " "
47 " " 226 "	73 " "
526 " " 1329 "	72 " "
112 " " 232 "	66 " "
35 " " 195 "	63 " "
467 " " 2172 "	60 " "
1 Betrieb " 56 "	59 " "
103 Betrieben " 303 "	58 " "
28 " " 764 "	57 " "
1 Betrieb " 62 "	55 " "
2117 Betrieben " 4210 "	54 " "
1 Betrieb " 37 "	51½ " "
185 Betrieben " 2343 "	48 " "

7279 Betrieben mit 17041 Beschäftigten.

Die erfreuliche Tatsache kann hier verzeichnet werden, daß von sämtlichen Tarifbetrieben in 2903 = 39,89 pZt. mit 9947 = 58,37 pZt. Beschäftigten die wöchentliche Arbeitszeit 60 und weniger Stunden beträgt.

Die Bezahlung der Ueberstunden ist in 160 Verträgen festgelegt. Die Beträge schwanken von 12½ pZt. bis 50 pZt. des festen Stundenlohnes und von 18 bis 85 %.

10 Betriebe mit 515 Personen	12½ pZt.
1 Betrieb " 160 "	20 " "
1 " " 28 "	25 " "
1 " " 59 "	50 " "

In diesen Fällen kommen nur Betriebe der Schokoladen-, Zuckermwaren- und Lebkuchenindustrie in Betracht. Während nachfolgende Tabelle mit den Geldbeträgen die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien einschließt. Die Ueberstundenzuschläge betragen hier:

In 1 Betrieb mit 3 Personen	18 %
" 1 " " 10 "	25 " "
" 1 " " 32 "	27 " "
" 91 Betrieben " 113 "	30 " "
" 19 " " 26 "	35 " "
" 758 " " 1382 "	40 " "
" 2 " " 14 "	44 " "
" 494 " " 656 "	45 " "
" 1980 " " 2724 "	50 " "
" 1 Betrieb " 56 "	52 " "
" 877 Betrieben " 1233 "	55 " "
" 216 " " 546 "	60 " "
" 2121 " " 4326 "	65 " "
" 433 " " 1550 "	70 " "
" 180 " " 2232 "	55-85 " "

In 2565 Betrieben = 35,24 pZt. sind für 6217 = 36,43 pZt. Personen Ferien festgesetzt. Wie bereits an anderer Stelle verwiesen wurde, sind hier zahlreiche Abstufungen sowohl in den Ferientagen als auch in der Beschäftigungsdauer vorhanden. In nachstehender Tabelle ist eine überschlägliche Zusammenstellung der Ferientage nach der Beschäftigungsdauer gemacht worden und sind für die Betriebe mit den Beschäftigten daraus die Ferien zu ersehen:

Betriebe	Beschäftigte	Beschäftigungsdauer											
		1/2 Jahr	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre	10 Jahre	Ueber 10 Jahre	Ferien			
		Tage	Tage	Tage	Tage	Tage	Tage	Tage	Tage	Tage	Tage		
4	156	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13	32	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	6	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
180	2232	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	13	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
301	278	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
717	1144	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
860	1637	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
410	438	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13	136	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
66	424	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	14	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
181	165	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
134	190	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
536	716	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—
62	139	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—
970	1763	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—
101	77	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	18	—	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	170	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
182	145	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—
6	30	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—
459	587	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—
34	29	—	—	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—
1	18	—	—	—	11	—	—	—	—	—	—	—	—
2	133	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—
1	14	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—
2	133	—	—	—	—	14	—	—	—	—	—	—	—
1	37	—	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—
4	37	—	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—
180	2232	—	—	—	—	—	9	—	—	—	—	—	—
1	6	—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—
35	36	—	—	—	—	—	14	—	—	—	—	—	—
1	21	—	—	—	—	—	—	8	—	—	—	—	—
189	2252	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	—

178 Verträge in 7216 Betrieben mit 16 651 Beschäftigten Personen sind auf eine bestimmte Zeit abge-

schlossen, während in 10 Verträgen über den Ablauf keine bestimmte Zeit festgesetzt ist. Die Vertragsbestimmungen gelten:

Bei 7 Tarifen für 52 Betriebe mit 115 Beschäftigten	1 Jahr
" 78 " " 1201 " " 2370 "	2 Jahre
" 57 " " 3780 " " 7708 "	3 " "
" 25 " " 1802 " " 3913 "	4 " "
" 10 " " 325 " " 2498 "	5 " "
" 1 Tarif " 56 " " 47 "	6 " "

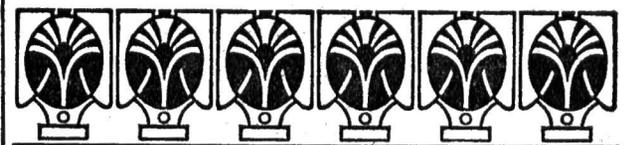
Die Kündigungsfrist, die zu erfolgen hat vor Ablauf der Verträge, verteilt sich von 14 Tagen bis zu einem Jahr (Genossenschaftstarif) und beträgt:

Bei 1 Tarife	14 Tage
" 19 Tarifen	4 Wochen
" 9 " "	6 " "
" 109 " "	1 Monat
" 10 " "	2 Monate
" 11 " "	3 " "
" 1 Tarife	1 Jahr
" 1 " "	Unbestimmt
" 27 Tarifen	Keine Kündigung

Die hier wiedergegebenen Zusammenstellungen betreffen lediglich die hauptsächlichsten Punkte der Verträge. Noch manche Bestimmungen, wie bei den Bäckern Freibrot, über den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Arbeitsvermittlung, Schiedsgerichte und Tarifämter könnten hier mit Erwähnung finden. Sie müssen jedoch bei einer andern Gelegenheit besprochen werden. In dieser Arbeit haben wir uns lediglich auf den materiellen Inhalt der Verträge beschränkt und konnten dabei feststellen, daß wir, seitdem es der Organisation möglich war, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich mit den Unternehmern zu vereinbaren, tüchtige Fortschritte verzeichnen können. Allerdings hatten noch manche Tarifen einige Schönheitsfehler an; in dieser Hinsicht wird auch dann eine Besserung eintreten, wenn die Organisation über die hierzu notwendige Macht verfügt.

Mit dem Ergebnis im ersten Jahrzehnt der Vertragspolitik können wir durchaus zufrieden sein. Sicher können in den kommenden Jahren die Tarife in weit höherem Maße durchgeführt werden, weil uns nun die gute Grundlage des Vertragswesens zufließen kommt und heute die Organisation einen viel stärkeren Einfluß auf den Ausbau der korporativen Arbeitsverträge ausüben kann, als zu Beginn des ersten Jahrzehntes. Das Unternehmertum wird sich auch dieser neuen Erscheinung anpassen müssen; denn auch hier ist in großen Kreisen die Tarifidee auf fruchtbaren Boden gefallen. Wo es sich aber dem entgegenstellt, werden immer wieder und noch heftiger als in der Vergangenheit die wirtschaftlichen Kämpfe entbrennen. Solche Zusammenstöße werden aber nicht vermieden durch Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter, sondern durch die Einsicht der Unternehmer, daß auch dem Arbeiter ein Mitspracherecht bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages eingeräumt werden muß und die einseitigen, willkürlichen Bestimmungen zu Zusammenstößen führen müssen.

Das Unternehmertum hat es also selbst in der Hand, ob es eine friedliche Entwicklung zum Ausbau des Vertragswesens fördern will, oder uns durch den reaktionären Probenstandpunkt zu Lohnkämpfen zwingt. Sowie wir es aber wissen und gelernt haben, daß unsere Organisation den Kämpfen nicht ausweicht und daß dieselben überall von uns mit größter Energie durchgeführt wurden. So handeln wir auch in Zukunft!



## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

#### Quittung.

Vom 26. Februar bis 2. März gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:  
 Für Januar: Schwerin M. 43,90.  
 Für Februar: Karlsruhe M. 135,40, Bieren 21,95, Stendal 32,20, Eisenach 66,20, Magdeburg 687,05, Regensburg 376,70, Hamburg 4442,05, Köln 457,85.  
 Von Einzelzahlern der Hauptkasse: W. B. Elmshorn M. 35,60, R. J. Helmarshausen 4,80, R. Sch. Elbing 4,40, R. W. Gadebusch 10, D. Sch. Flöha 5,40, H. S. Wildenau 8, P. R. J. J. J. 31,80, J. J. J. J. 4,50.  
 Für Abonnements und Annoncen: Hagen M. 11,10, Konsumverein Bielefeld 6, A. U. Elberfeld 5, R. B. Glashütte 3, E. Sch. Berlin 39, H. W. Mülln 9.  
 Der Hauptkassierer. O. Freytag.

Spätestens am 9. März ist der 11. Wochenbeitrag für 1912 (10. bis 16. März) fällig.

#### Aus den Bezirken.

Lüneburg. Die Adresse des Kassierers ist ab 11. März: Gustav Pohl, Gr. Bäckerstr. 30, part. r.; daselbst Auszahlung der Unterstützung von 6 bis 7 Uhr Abends.

#### Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker. Zur Lohnbewegung in Straubing. Wie bereits berichtet, sind die Kollegen von Straubing in eine Lohnbewegung eingetreten. Im Vordergrund der Forderungen steht die Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung. Die jetzigen Arbeitsbedingungen liegen wie folgt: Von

34 Bäckereibetrieben sind aus 29 Betrieben Fragebogen eingelaufen. Es sind dort 68 Gehilfen und 67 Lehrlinge beschäftigt. Für die Gehilfen wurde in 14 Betrieben Ueberarbeit festgestellt und für die Lehrlinge werden in 25 Betrieben die gesetzlichen Bestimmungen nicht eingehalten. Es sind Betriebe vorhanden, wo Lehrlinge drei, vier und fünf Stunden täglich länger arbeiten müssen. Die Gehilfen stellen die bescheidene Forderung, die Arbeitszeit soll inklusive einer Stunde Ruhepause nur zwölf Stunden betragen.

Noch schlimmer als mit der Arbeitszeit steht es mit den Löhnen. Der Durchschnittsmonatslohn eines hiesigen Gehilfen beträgt ohne Kost pro Woche M 18,37. Wenn wir aber die einzelnen Kategorien auseinanderhalten, so kommen auf den ersten Gehilfen, der die volle Verantwortlichkeit des Betriebes zu übernehmen hat, bei einer vierundachtzig- bis einundneunzigstündigen Arbeitszeit und darüber pro Woche M 22,21; für den zweiten M 18,04; für den dritten M 14,28 und den vierten nur M 12,17 bei gleich langer Arbeitszeit. Die Gehilfen fordern nun einen Mindestlohn von M 18 ohne Kost; die Löhne der übrigen Gehilfen sollen um M 3 pro Woche erhöht werden. Es würde dann der Durchschnittsmonatslohn immer erst M 21,37 betragen, was unter den heutigen Verhältnissen sicher nicht zu viel wäre, besonders für einen Familienvater. Für geleistete Sonntagsarbeit soll jeder Gehilfe fünf bis acht Tage Ferien erhalten.

Trotzdem die Forderungen sehr bescheidene sind, denken die Meister nicht an Bewilligung. Noch bevor der Tarifentwurf vorlag, erklärten ein paar raubpaufige Innungsproben, daß man nicht mehr leisten könne, man solle einmal eine Kraftprobe veranstalten! Und als dann die Vorlage bei der Innung zur Diskussion stand, gab es wieder die schönsten Auseinandersetzungen. Vernünftige Meister wollten zwar auf friedlichem Wege die Frage erledigt wissen. Nach langem Hin und Her wurde aber ein Gegenentwurf fertig, welcher jedoch nur als eine Verspottung der Gehilfen betrachtet werden kann; denn er bietet M 1 Lohnerhöhung, und dabei soll auf fünf Jahre Frieden geschlossen werden. Und geradezu niederträchtig ist es, daß man obendrein für diese eine Mark Lohnerhöhung das Aufzugs- und Mehlgeld in Wegfall kommen lassen will!!!

Die Straubinger Bäckergehilfen haben am 22. Februar zu dem Innungsentwurf Stellung genommen und ihn einstimmig abgelehnt. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, daß sie nur auf Grund der eingereichten Gehilfenvorlage verhandeln darf. Am 28. Februar sollte die erste Tarifunterhandlung stattfinden. Wenn die Meister bei den Unterhandlungen nicht mehr soziales Verständnis zeigen, dann dürfte ein Kampf kaum vermeidlich sein, und die Gehilfen werden vor ihm nicht zurückschrecken, um den Herren einmal klarzuliegen, daß sie auch ein Anrecht haben, als Mensch unter den Menschen zu leben.

Zuzug nach Straubing ist streng fernzuhalten.

**Tarifstreitigkeiten mit Einzelbetrieben in München.**

Bei der Firma A. Seidl, Hofbäckerei in München, wurden jüngst an einem nichtgesetzlichen Feiertage (2. Februar, Maria Lichtmeß) die Tagelöhner mit Arbeiten länger beschäftigt, als dies bisher an Feiertagen üblich gewesen ist. Die Firma glaubte sich dazu berechtigt, weil ein nichtgesetzlicher Feiertag einem Wochentag gleichzuachten sei und daher an einem solchen Feiertage die volle Arbeitszeit, wie im Tarife vorgegeben, verlangt werden kann.

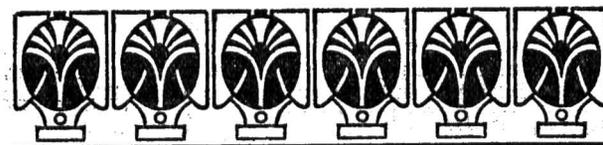
Unsere dortige Organisationsleitung erblickte aber hierin eine Verschlechterung besserer bestehender Arbeitsbedingungen, was nach den Tarifbestimmungen unzulässig sei, und hat das Gewerbegericht München als Einigungsamt zur Entscheidung in dieser Angelegenheit angersufen. In dem am 21. Februar unter dem Vorsitz des Gewerberichters, Herrn Dr. Lieb, stattgefundenen Verhandlungen wurde seitens der Firma Seidl erklärt, daß — wenn es notwendig ist — aus technischen Gründen auch an nichtgesetzlichen Feiertagen dieselbe Arbeitszeit wie an Wochentagen verlangt werden wird. Seitens der Organisationsleitung wurde betont, daß bisher an den Feiertagen die Arbeitszeit wie an den Sonntagen eingehalten wurde und daß diese Neuordnung zweifellos eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen darstelle.

Nach längeren Beratungen wurde folgender Schiedsspruch verkündet:

„Eine längere Beschäftigung der Gehilfen bei der Firma Seidl an den nichtgesetzlichen Feiertagen als bisher üblich, steht in Widerspruch mit den tariflichen Bestimmungen.“

Auf Anfrage des Vertreters der Bäckereinnung München wurde dazu noch konstatiert, daß dieser Schiedsspruch keine allgemeine Gültigkeit für sämtliche Bäckereibetriebe, sondern nur für diesen Fall habe. Die Organisationsleitung fügte aber noch hinzu, daß sie für derartige Fälle ein nachjames Auge habe und jeden vorkommenden ähnlichen Fall zur Entscheidung bringen wird.

Ein weiterer Fall betraf die Kündigung eines Kollegen in der Bäckerei Henghuber, welcher durch das Tarifamt seinen tariflichen Lohn verlangte und zugesprochen erhielt. Als der Meister denselben ausbezahlen sollte, kam es zur Kündigung. Vor dem Tarifamt wurde festgestellt, daß die Entlassung eine Maßregelung ist, der Meister also tarifbrüchig wurde. Nachdem jedoch der Gehilfe erklärte, auf keinen Fall mehr dort in Arbeit zu bleiben, konnte auf Zurücknahme der Kündigung nicht bestanden werden, die sonst hätte erfolgen müssen.



**Korrespondenzen.**

**Bezirkskonferenz in Bremen.**

Am 25. Februar tagte die Bezirkskonferenz in Bremen. Bezirksleiter Benneke sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen mit dem nötigen Ernst, zum Wohle der Organisation geführt werden möchten. Anwesend waren

Delegierte von Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst, Rühringen-Warven, Oldenburg und Bevedig; als Vertreter des Hauptverbandes Kollege Freytag. Dieser sprach zuerst über: „Die Machtmittel der Gegner bei unsern Lohnkämpfen“ und zeigte an der Hand von statistischen Unterlagen, wie unsere Arbeitgeber sich immer mehr zusammenschließen und von den Behörden auch auf den größten Schutz rechnen könnten. Wie sie ferner von Zeit zu Zeit ihre Taktik ändern zwecks Bekämpfung unserer Gewerkschaft. Diesem Referat folgte eine längere Debatte.

Ueber: „Welche Lohnkämpfe stehen uns bevor“, referierte Bezirksleiter Benneke. Er ging auf die Verhältnisse in den Ortsgemeinden ein, wo in diesem Jahre bestimmt eine Bewegung einsetzen werde, um den Kollegen eine menschenwürdigere Lage zu schaffen; er fand Zustimmung, und es wurde gewünscht, daß sämtliche Kollegen stramm zur Sache stehen.

Den 3. Punkt, „Agitation“, behandelte Kollege Kassen, Bremen. Er ging auf die Hausagitation ein und meint, wenn eine Zahlstelle in kleinere Bezirke eingeteilt und zur Agitation die richtigen Leute genommen würden, so müßte es unbedingt vorwärts gehen. Er betonte dann noch, daß die Agitation unter Konditoren eine schwere sei, weil selbige vielfach von einem zu großen Kostengeist befeuert sind. Aber auch die Hilfsarbeiter sowie die Bräuerfrauen müßten zu unserm Verband herangezogen werden. Angeregt wurde von einem Kollegen, unserer Fachpresse müßte ein Fachblatt der Zuckerwaren- und Schokoladenbranche beigelegt werden, um das Interesse der Fabrikbranche mehr zu fördern. Dem wurde aber entgegengehalten, daß unsere Zeitung genug Artikel für die Fabrikbranche brächte und an einen derartigen Ausbau unserer Zeitung vorläufig wohl nicht zu denken sei.

Den Punkt „Arbeiterschutz“ behandelte Benneke. Die wenigen Schutzbestimmungen, die wir haben, würden noch nicht mal von den Arbeitgebern beachtet, somit müßte es Aufgabe der Organisation sein, mit aller Macht auf Durchführung der bestehenden Bestimmungen zu halten. Besonders auf den Lehrlingschutz müßten die Kollegen achten.

Freitag referierte sodann über die „Krankenversicherung“. Anheimgestellt wurde es den Delegierten, im Sinne des Vorstandsbeschlusses zu wirken, und erörtert wurde in der Diskussion, daß Mittel und Wege gesucht werden müßten, auch den schlecht bezahlten Kollegen den Eintritt zur Zuschusskasse zu ermöglichen.

Den Punkt: „Bezirksarbeitsnachweis“ behandelte Benneke. Der Nachweis habe sich gut bewährt und er erwarte ein strikte Befolgung der seinerzeit getroffenen Bestimmungen. Ferner wurde noch angeregt, falls ein Kollege von einer Zahlstelle in die Nähe einer andern Zahlstelle, z. B. auf das Land verzieht, dies der nächstliegenden Zahlstelle per Karte mitzuteilen, damit das Mitglied auf diese Weise dem Verbands nicht verloren geht.

Benneke schloß hierauf die Konferenz mit dem Wunsche, daß alle Anregungen in den Zahlstellen verwertet werden mögen, und mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation gingen die Delegierten wieder ihrem Wirkungskreis zu.

**Badmeisterkonferenz in Erfurt.**

Bezirksleiter M. Friedrich-Erfurt leitete die Konferenz und Kollege Allmann sprach zunächst zum Punkt 1 über: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Badmeister und Oberbäcker in den Genossenschaftsbetrieben.“ Auch wurde die Anstellung der Badmeister eingehend besprochen. In der Diskussion fragte Kollege Kamp-Stadtlim, wer eigentlich als Badmeister zu betrachten sei. Allmann erklärte, daß in Betrieben mit motorischer Kraft mindestens fünf Mann, in Betrieben ohne motorische Kraft mindestens sieben Mann beschäftigt sein müssen, wenn der Leiter als Badmeister gelten soll. Kollege Hagler-Heinrichs führte an, daß in den kleineren Betrieben in Suhl und Umgegend den Badmeistern große Verantwortung auferlegt würde, aber die Bezahlung sei nicht dementsprechend. Gewünscht wurde ferner von andern Kollegen, daß derartige Konferenzen auf besser geeignete Tage gelegt werden. Der Bezirksleiter regte an, daß für alle Badmeister ein einheitlicher Kontrakt ausgearbeitet werde; aber Allmann legte die Schwierigkeiten eines solchen klar. Es wurde auch festgestellt, daß wenige Kontrakte vorhanden sind. Die Resolution zum Punkt 1 wurde einstimmig angenommen.

Zum zweiten Punkte legte Allmann klar, warum es zu empfehlen sei, daß in den einzelnen Vereinen der Badmeister resp. Oberbäcker bei Neuanschaffungen von Einrichtungen und dem Einkauf der Rohprodukte stets hinzugezogen werde. Es äußerten sich mehrere Kollegen über Mißstände in dieser Hinsicht. Neander-Nolda trat dafür ein, daß den Badmeistern die Einstellung von Arbeitskräften überlassen werden sollte, und Hagler wünschte, daß bei Neubauten und Aufstellung von Bädern auch Badmeister aus andern großen Betrieben hinzugezogen würden, wofür Allmann nicht zu haben war. Der Bezirksleiter regte, daß sich die Badmeister und Oberbäcker an den Organisationsarbeiten oft nicht genug beteiligen und die Verhandlungen zu wenig besuchen. Allmann unterstrich die Ausführungen und spornete gleichfalls die Kollegen an, sich an der Arbeiterbewegung lebhafter zu beteiligen.

Die Resolution zu diesem Punkte wurde gleichfalls einstimmig angenommen. Zum Schluß führte Kollege Neander noch an, daß es Zeit wäre, wenn auch technische Vorträge vor den Kollegen gehalten würden. Allmann empfahl dies ebenfalls und schlug vor, daß man sich zu diesem Zweck an große Firmen wende, welche wahrscheinlich gern ihre technischen Beamten zur Verfügung stellen würden.

**Bezirkskonferenz für Frankfurt a. M.**

Am 25. Februar fand in Homburg v. d. S. die Konferenz des Bezirks Frankfurt a. M. statt. Es waren Delegierte aus den Orten Frankfurt, Offenbach, Höchst, Homburg v. d. S., Hanau, Weßlar und Cassel erschienen; Friedberg war nicht vertreten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Verbandsvorsitzender Allmann. Die Hauptpunkte seines Referats sind bereits gebracht worden.

Die Diskussion war eine sehr lebhaft, die Delegierten waren alle der Ansicht, durch rege Agitation dahin zu wirken, daß es in den kleineren Städten ebenfalls vorwärts geht.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung referierte Bezirksleiter Kumeleit. Er schilderte eingehend die Tarifverträge in den verschiedenen Orten, von denen einige erneuert werden müssen, und gab gleichfalls der Hoffnung Ausdruck, daß durch rege Agitation das Beste für die Kollegen herausgeholt werde.

Zum dritten Punkt: „Agitation“, sprach Allmann. Er gab Fingerzeige, wie die Agitation in allen Branchen am wirksamsten betrieben werden kann. Besonders schwierig ist es unter den Konditoren, weil dort der Standesdünkel noch sehr vorherrschend ist; Fabrikbranche kommt in unserm Bezirk weniger in Frage. Die Delegierten waren alle der Ansicht, daß die Hausagitation überall das beste Mittel ist, um unsere Kollegen aufzuklären, auch wurde der Ausbau des Vertrauensmännerstems empfohlen. Betreffs der Konditoren, welche in den Bäckereien arbeiten, wurde es hauptsächlich den Bäckern zur Pflicht gemacht, sie für uns zu gewinnen.

Zum Punkt: „Arbeiterschutz und Lehrlingschutz“ referierte Kumeleit. Er gab ein Bild über die geringen Arbeiterschutzbestimmungen, welche von einem großen Teil der Unternehmer bisher nicht einmal eingehalten wurden, weil durch die Gewerbeinspektion noch lange nicht alle Betriebe kontrolliert werden. Die Delegierten versprachen, die Lehrlinge in freundlicher Weise über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation sowie über Arbeitszeit aufzuklären, um sie so für uns zu gewinnen.

Zu Punkt 5: „Unsere Krankenversicherung“, referierte Allmann. Ein Teil der Delegierten war der Ansicht, daß man die Entwicklung der Zuschusskasse ein Jahr hätte ansehen können. Auch wurde die Karenzzeit von acht beziehungsweise vierzehn Tagen oder drei Wochen im Krankheitsfalle für zu lang befunden.

Zum Punkt: „Bezirksarbeitsnachweis“ wurde von Kumeleit darauf hingewiesen, überall für Anschluß an die paritätischen (städtischen) Arbeitsnachweise einzutreten. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, schloß der Vorsitzende, Kollege Schaller, mit einem Appell an die Delegierten, nun das Gehörte in allen Orten auch in die Tat umzusetzen, die Konferenz.

**Badmeisterkonferenz für den Bezirk Frankfurt a. M.**

Die Konferenz war von acht Badmeistern aus den Bezirken Frankfurt a. M., Wiesbaden und Mannheim besucht. Kollege Allmann behandelte zunächst die „Lohn- und Arbeitsbedingungen und deren tarifliche Regelung“. Er schilderte kurz die Entwicklung der Genossenschaften und deren Bäckereibetriebe in den letzten Jahren. Besonders die letzteren haben einen ganz erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen, infolgedessen sich auch die Zahl der technischen Leiter dieser Betriebe stark vermehrte, weshalb es notwendig sei, auch für diese die Arbeitsverhältnisse zu regeln. Es sei bedauerlich, daß aus Kleinlichen Gründen ein Teil der Genossenschaften bisher den Abschluß eines Tarifs vereitelte. Manche Unannehmlichkeit bliebe nicht nur den Badmeistern, sondern auch den Verwaltungen erspart, wenn feste Vereinbarungen beständen. Auch wird bei Neubekleidung derartiger Kosten oft gesündigt, indem nicht nach der Fähigkeit, sondern nach der Billigkeit die Wahl getroffen wird. Ist dagegen ein Tarifvertrag vorhanden, so kann es für die betreffende Stelle nur eine Begabung geben und manche Bitterkeit bleibt dadurch erspart. Die Diskussion ergab ziemliches Einverständnis mit dem Referenten, und es wurde allgemein die Notwendigkeit eines Tarifvertrages anerkannt, da die Gehälter gegenüber der Verantwortung zu niedrig seien. Von einem Kollegen wurde die Frage aufgeworfen, ob bei einer bestimmten Größe des Betriebes nicht verlangt werden sollte, daß zwei oder drei Badmeister angestellt würden. Dieser Standpunkt wurde von der Mehrheit der Anwesenden nicht geteilt; jedoch können bestimmte Gründe es notwendig machen, daß in einem Betriebe zwei Badmeister beschäftigt werden. Die bereits bekannte Resolution zu diesem Punkte wurde einstimmig angenommen.

Den zweiten Punkt: „Das Mitbestimmungsrecht beim Einkauf usw.“ behandelte ebenfalls Kollege Allmann, welcher an Hand von Erfahrungen die Mißstände schilderte, die sich aus den jetzigen Verhältnissen entwickeln haben. Seine Ausführungen zu dieser Frage haben wir schon bei andern Konferenzberichten bekanntgegeben. In der Diskussion wurden die angeführten Mängel vollaus bestätigt und die Erwartung ausgesprochen, daß die Verwaltungen doch mal mit dem Standpunkt brechen möchten, daß sie alles ebenjogut verständen wie ein Fachmann. Besonders wurde gewünscht, daß die Vereine, welche eine neue Bäckerei bauen, entweder einen Nachbarverein mit eigener Bäckerei um die Ratsschläge des dortigen Badmeisters bitten oder sich an den Verbandsvorstand wenden und nicht allein auf den betreffenden Architekten hören. Die zu diesem Punkte vorliegende Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Es wurde ferner der Wunsch ausgesprochen, öfter derartige Konferenzen abzuhalten, um technische Fragen dort besprechen zu können. Die nächste Tagung soll vor Pfingsten in Frankfurt a. M. abgehalten werden, um dann schon eventuell zu einer Tarifvorlage Stellung zu nehmen. Mit der Einberufung wurde Kollege Kumeleit betraut. Letzterer resümierte hierauf kurz noch einmal das Besprochene und schloß mit dem Wunsche, daß die Anwesenden die Verhandlungen beherzigen möchten, dann werde die Konferenz ihre Früchte tragen.

**Bezirkskonferenz in Karlsruhe.**

Die Konferenz wurde am 18. Februar im Karlsruher Gewerkschaftshaus abgehalten; es nahmen an ihr Delegierte von Karlsruhe, Durlach, Pforzheim und Baden-Baden teil. Der Bezirksleiter Fiedler eröffnete die Konferenz, Hinweisend auf ihre Bedeutung sowie auf die letzten Reichstags-

wahlen. Hierauf hielt der Vertreter des Hauptverbandes, **Lantes**, einen sehr lehrreichen Vortrag. Ueber die **Machtmittel** der Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen. Er konstatierte, daß trotz der Scharfmacher im Unternehmertum sowie der Arbeitgeberverbände, deren Aufgabe es ist, die Entwicklung der Arbeiterorganisationen aufzuhalten, mit der Zeit, durch die Erstarkung der letzteren, ein immer größerer Teil der Unternehmer gezwungen wird, mit den Arbeitern Tarifverträge abzuschließen. Auch im **Bäckergewerbe** nehme diese Entwicklung immer mehr zu. Uebergehend auf die einzelnen Mittel, deren sich die Arbeitgeber im Kampfe gegen die Arbeiter bedienen, gezielte Redner in scharfen Worten besonders die **Klassenjustiz**, die ihre Aufgabe darin sieht, die Unternehmer in diesem Kampfe zu unterstützen. Auch die Gründung der **gelben Vereine** erwähnte der Referent, feststellend, daß gerade im **Bäckergewerbe** dieselben so ziemlich ausgespielt haben. Weiter machte **Lantes** auf die **Veruche** aufmerksam, die von den **Bäckerinnungen** sowie speziell von dem **Verband der Industriellen** gemacht werden, die Regierungen dahin zu beeinflussen, bei der **Neurevidierung** des **Strafgesetzbuches** einen **Paragrafen** aufzunehmen, der das **Streikpostenstehen** sowie die **Führung des Boykotts** unter Strafe stellen soll. Alle diese Mittel können aber die **Entwicklung der Arbeiterorganisationen** nicht aufhalten, und immer mehr Unternehmer werden gezwungen, sich diesen **Verhältnissen** anzupassen, schloß der Redner und forderte die **Delegierten** auf, für den **Ausbau der Organisation** im hiesigen **Bezirk** Sorge zu tragen. **Fiedler** behandelte hierauf die **Ausicht der Lohnkämpfe** im **Bezirk** und erklärte, daß größere **Lohnkämpfe** in diesem Jahre hier nicht zu erwarten sind; vor allem sei für eine **starke Organisation** zu sorgen. An der **Diskussion** über die beiden **Referate** beteiligten sich sämtliche **Delegierten**, und alle waren darin einig, daß es durch **Zusammenfluß aller Kräfte** auch in diesem **Bezirk** vorwärts gehen muß. Der **Delegierte von Pforzheim, Zürner**, konnte berichten, daß das dortige **Gewerkschaftsstatut** die **Bäckerbewegung** lebhaft unterstützt, was mit **Beifall** aufgenommen wurde. Die **„Agitation“** unter den **Bäckern**, der **Fabrikbranche** sowie den **Neuauslernenden** behandelte ausführlich **Fiedler**, indem er den Anwesenden wertvolle **Werte** gab. An der **Diskussion** beteiligten sich **Lantes, Kottsch-Durlach** und **Zürner-Pforzheim**. Unter dem **Motto: „Wer die Jugend hat — hat die Zukunft“** hielt **Zürner** besonders die **Agitation** unter den **Neuauslernenden** für wichtig. Ueber **Arbeiterschut** und **Lehrlingschut** sprach weiter **Bezirksleiter Fiedler**. Nachdem er eine **historische Entwicklung** der **Arbeiterschutgesetze** gab, stellte er fest, daß gerade im **Bäckergewerbe** dieselben sehr **mangelhaft** sind und die **vorhandenen Schutbestimmungen** von einem **großen Teil der Arbeitgeber** nicht **respektiert** werden. Uebergehend auf den **hiesigen Inspektionsbericht** stellte er fest, daß, obwohl eine **Kontrolle der Bäckereibetriebe** stattfand, immer noch **40 pzt.** der Betriebe **unkontrolliert** geblieben sind. **Aufgabe der Organisation** wird es sein, dafür **Sorge zu tragen**, daß auch diese **40 pzt.** der Betriebe in das **Bereich der behördlichen Aufsicht** gezogen werden. Aus einer **Statistik** war zu ersehen, daß die **Kleinbetriebe** in **Baden im Bäckergewerbe** immer mehr **zurückgehen**, dagegen die **Betriebe mit zehn und mehr Personen** zunehmen. **Lantes** gab hierauf einen **kurzen Bericht** über die am **1. März** in **Kraft** tretende **Krankenzusicherung** sowie über die **Verhandlungen**, die mit der **Zentralkrankenkasse** geführt wurden, und forderte die **Anwesenden** auf, für eine **Unterstützung der neuen Verbandseinrichtung** zu sorgen. Zum **Schluß** referierte **Fiedler** über die **Arbeitsnachweisfrage** im **Bezirk**. Er stellte fest, daß, obwohl die **Bäckerinnung** in **Karlsruhe** mit dem **Sprechmeister Jung** an der **Spitze** alles versucht, den **Bezirksarbeitsnachweis** zu **verwirklichen**, ihr dies doch **nicht gelungen** ist. Besonders der **Karlsruher Innungsarbeitsnachweis** wurde vom **Referenten** sowie vom **Kollegen Kottsch** **scharf kritisiert** sowie auch die **Machinationen** des **Durch die Gunst der Staatsanwaltschaft zum Beamten aufsteigenden Herrn Gustav Jung**. Die **Konferenz** wurde hierauf mit einem **Hoch** auf die **Organisation** geschlossen.

**Bezirkskonferenz in Magdeburg.**

Die **Bezirkskonferenz** am **25. Februar** war von sämtlichen **Mitgliedern** des **Bezirks** **besucht** und tagte im **„Sachsenhof“**. **Bezirksleiter Mach** eröffnete sie mit einer **zündenden Ansprache**. Zum **ersten Punkt: „Die Machtmittel der Gegner bei unsern Lohnkämpfen“**, sprach **Gauleiter Heßhold** und wies eingehend auf die **Notwendigkeit** der **Konferenz** hin. Er schilderte die **Verhältnisse** in unserm **Veruf** vor **1898**, hierbei auch auf die **damaligen Lohnkämpfe** in **Hamburg** eingehend, und zeigte weiter das **Wesen der Arbeitgeberverbände** und ihre **verschiedene Kampfmittel**. Während die **Arbeiter** noch **vergebens** auf die **Erfüllung der allermindesten Forderungen** nach **ausreichendem Schut** ihres **Lebens** und ihrer **Gesundheit** warten müssen, soll ein **Arbeitswilligenschut** in **Form einer weiteren Verschärfung der Strafgesetzbestimmungen** gegenüber **streikenden Arbeitern** durchgeführt werden. Das **alles seien Machtmittel** unserer **Gegner**. **Redner** beleuchtete noch den **Reichsverband** und die **gelben Gewerkschaften** und wies nach, daß **dieselben** trotz ihrer **eifrigen Agitation** nichts werden können. Den **zweiten Punkt: „Welche Lohnkämpfe stehen unserm Bezirk bevor?“** und die **Art der Kämpfe** zum **Lohnkampf**, behandelte ebenfalls **Heßhold**, indem er auf die **bestehenden Lohnkämpfe** hinwies. Es sei **nicht so leicht**, in einen **Kampf einzutreten**; durch **flüchtige Agitation** müsse **vorgearbeitet** und die **Mitglieder** erst **geschult** werden. Zum **dritten Punkt, „Agitation“**, machte **Heßhold** eingehende **Vorschläge**, wie sie **erfolgreich** zu betreiben ist sowie über die **Notwendigkeit der Betätigung** in der **Gesamtarbeiterbewegung**. Die **Agitation** unter den **Neuauslernenden** müsse mit **großer Vorsicht** betrieben werden; für die **Fabrikbranche** müsse die **Agitation** unter den **Arbeiterinnen** mehr **ausgebaut** werden. **Hieran** schloß sich eine **rege Diskussion**, in der die **Kollegen Mewes-Bernberg, Ganso-Halberstadt, Belg-Magdeburg, Arunnow-Stendal, Rionka-Zangermünde** und **Krause-Magdeburg** über die **einzelnen Verhältnisse** in ihren **Zahlstellen** sprachen.

Zum **vierten Punkt, „Arbeiterschut und Lehr- lingschut“** referierte **Kollege Mach**. Er schilderte zunächst die **Entwicklung** des **hiesigen Arbeiterschutes** im **Veruf**, der heute noch zu einem **großen Teil** nur auf dem **Papier** steht. Was durch **lange Handhabung** seitens der **Behörden** verjährt werde, müsse durch die **intensivste Tätigkeit** der **Gewerkschaft** wieder **gut gemacht** werden. Ganz **besonders** müsse für **Beseitigung der stiefmütterlichen Arbeitswoche** sowie der **Nachtarbeit** gesorgt werden. Weiter legte **Redner** die **einzelnen Gesetzesbestimmungen** dar, die den **Arbeiterschut** begründen. Er empfahl, **besonders Augenmerk** auf die **Einhaltung der Schutbestimmungen** für die **Lehrlinge** zu legen. **Erstens** könne dadurch den **Meistern** die **Lehrlingszüchtere** **unangenehm** gemacht werden und **zweitens** werden wir **dadurch das Vertrauen** der  **jungen Kollegen** gewinnen.

Zum **fünften Punkt, „Krankenversicherung“**, referierte wieder **Heßhold**. Er schilderte die **Unzulänglichkeit** der **Krankenversicherung**, ferner die **Erdforderung** der **freien Hilfskassen**, um dann den **Kollegen** den **Eintritt** in die **neugeschaffene Beitragsstaffel** zu **M 1** zu empfehlen, deren **Vorteile** er **beleuchtete**.

Beim **Punkt Bezirksarbeitsnachweis** machte **Mach** noch einmal **dringend** auf die **Pflichten** aller **Zahlstellenleitungen** zur **Unterstützung** desselben **aufmerksam**. Zum **Schluß** ersuchte **Kollege Mach** die **Delegierten**, im **Sinne** der **Konferenz** in den **Zahlstellen** zu **wirken**, da **dann die Erfolge** für die **Organisation** nicht **ausbleiben** werden und **brachte** noch ein **dreifaches Hoch** auf den **Verband** aus, in das die **Delegierten** begeistert **einstimmten**.

**Bäckermeisterkonferenz für den Bezirk Magdeburg.**

Die **Konferenz** fand am **26. Februar** in **Magdeburg** statt. **Erschienen** waren **neun Bäckermeister**; als **Vertreter** des **Hauptverbandes** **Kollege Heßhold**. Derselbe referierte über die **bekanntes auf der Tagesordnung** stehenden **Themata**. Wie **überaus notwendig** solche **Konferenzen** sind, bewies im **besondern** die **nachfolgende mehrstündige Diskussion**, an der **fast alle Anwesenden** **beteiligten**. **Kollege Mach** wies in **längeren Ausführungen** noch **ganz besonders** darauf hin, welche **Pflichten** die **Bäckermeister** auch als **Verbandsmitglieder** haben. Eine **Aufbesserung** und **tarifliche** **Regelung** der **Bäckermeistergehälter** wurde als **sehr dringlich** **betrachtet**. Ueber die **Art und Weise**, wie **sich heute** sehr **häufig** die **Genossenschaften** bei **Neueinrichtung** von **Bäckereien** ohne **Sinnginziehung** von **Fachleuten** die **Betriebe** **verhungen** lassen, wurde **besonders** **klage** geführt. Die **zwei vorliegenden Resolutionen** wurden **einstimmig** **angenommen**. **Des** **weiteren** wurde die **Frage** **aufgeworfen**, ob für **solche** **doch** auch im **Verbandsinteresse** liegenden **Konferenzen** den **Beteiligten** **nicht** **wenigstens** das **Fahrtgeld** **erstattet** werden könnte; **Heßhold** **wird** **erhört**, in der **nächsten** **gemeinsamen** **Sitzung** **mit** dem **Hauptverband** **in** dem **Sinne** **zu** **wirken**. **Mit** einem **kräftigen Appell** im **Sinne** der **Aussprache** **zu** **wirken** und **mit** dem **Wunsch**, daß **sich** **hoffentlich** **balb** die **Erfolge** **bemerkbar** **machen** **werden**, **schloß** **Mach** die **Konferenz**.

**Bezirkskonferenz für Württemberg.**

Die **Konferenz** fand am **25. Februar** im **Gewerkschaftshaus** in **Stuttgart** statt. **Besucht** war sie von **Delegierten** aus **Stuttgart, Ludwigsburg, Ebingen, Ehlingen, Alalen, Reutlingen, Schramberg** und **Heilbronn**.

Zu **Punkt 1, „Die Machtmittel der Gegner bei unsern Lohnkämpfen“** referierte **Lantes** (**Hamburg**). **Der Redner** zeigte an **Beispielen** aus den **Lohnkämpfen** der **letzten Jahre**, daß die **Unternehmer** es **verstanden** haben, ihre **Organisationen** **auszubauen** und **dadurch** ihre **Machtmittel** **zu erhöhen**. **Man** **habe** **es** **bei** **den** **jetzigen Lohnkämpfen** mit einem **planmäßigen Vorgehen** der **Arbeitgeber** **zu tun**. **Der Streikbrecherreport** **werde** **systematisch** **betrieben**. **Der Arbeitgeberverband** **scheue** **weder** **Kosten** **noch Mühe**, die **Gesetzgebung** und die **Behörden** **im scharfmacherischen Sinne** **zu beeinflussen**. **Vor** **allem** **wolle** **man** **durch** **ein Verbot** **des Streikpostenstehens** **unsere Kämpfe** **beeinträchtigen**. **Ferner** **betreibe** **man** **mit** **Ausdauer** **die Gründung** **von** **gelben** **Organisationen**, um die **Geschlossenheit** **der Arbeiterschaft** **zu bereiten**. **Diesen** **Bestrebungen** **unserer** **Gegner** **können** **nur** **durch** **Ausbau** **der** **Organisation** **und** **Schulung** **der** **Mitglieder** **entgegengewirkt** **werden**.

Anschließend hielt **Manz** (**Stuttgart**) ein **Referat** über den **2. Punkt** der **Tagesordnung: „Welche Lohnkämpfe stehen unserm Bezirk bevor?“** Die **Art** **der** **Kämpfung** **zum** **Lohnkampf**.

Die **Diskussion** über **beide Punkte** war eine **äußerst** **lebhaft**. **Das** **einleitende Referat** **zu** **Punkt 3, „Agitation** **usw.“**, **erstattete** **Lantes** **und** **gab** **instruktive** **Anweisungen** **und** **Befehlungen** **über** **die** **Art** **der** **Agitation**, **welche** **in** **der** **Diskussion** **von** **verschiedenen** **Rednern** **ergänzt** **und** **unterstützt** **wurden**.

**Punkt 4, „Arbeiterschut und Lehr- lingschut“** behandelte in **ausführlicher** **Weise** **Kollege** **Manz**; er ging auf die **Entwicklung** **des** **Arbeiterschutes** **ein** **und** **erklärte** **die** **heutigen** **Schutbestimmungen** **für** **ungenügend**. **Aufgabe** **der** **Organisation** **sei** **es**, **durch** **Selbsthilfe** **(Tarifverträge)** **und** **durch** **Anstrengung** **gesetzlicher** **Maßnahmen** **die** **bestehenden** **Bestimmungen** **zu** **ergänzen** **und** **zu** **erweitern**. **Nur** **eine** **gute** **und** **starke** **Organisation**, **verbunden** **mit** **einer** **strengen** **Kontrolle**, **ermöglichte** **die** **Durchführung** **der** **gesetzlichen** **Verordnungen** **und** **tariflichen** **Vereinbarungen**. **Für** **das** **Bäckergewerbe** **musste** **die** **Einführung** **des** **sechunddreißigstündigen** **wöchentlichen** **Ruhetages** **mit** **allen** **Mitteln** **angestrebt** **werden**, **ohne** **Rückzicht** **auf** **das** **rückständige** **Geschrei** **der** **Unternehmer**. **Redner** **schlug** **zum** **Schluß** **folgende** **Resolution** **vor**, die **einstimmig** **Annahme** **fand: „Die** **am** **25. Februar** **in** **Stuttgart** **tagende** **Bezirkskonferenz** **des** **Zentralverbandes** **der** **Bäcker** **und** **Konditoren** **erucht** **den** **Verbandsvorstand**, **erneut** **an** **den** **Reichstag** **um** **die** **gesetzliche** **Einführung** **des** **sechunddreißigstündigen** **wöchentlichen** **Ruhetags** **für** **das** **Bäckergewerbe** **zu** **petitionieren.“**

Zum **Punkt 5, „Krankenversicherung“**, erläuterte **Lantes** die **Entwicklung** **des** **Krankentassenwesens** **in** **unserm** **Verufe**. **Die** **jetzigen** **Zustände** **seien** **unhaltbar** **genowen** **und** **lägen** **nicht** **im** **Interesse** **der** **Mitglieder**. **Er**

geht **näher** **auf** **die** **Ursachen** **dieser** **Erscheinung** **ein**; **der** **Verbandsvorstand** **habe** **im** **Interesse** **der** **Mitglieder** **eine** **weitere** **Beitragsstaffel** **eingeführt** **à** **M 1**, **durch** **welche** **den** **Mitgliedern** **im** **Krankheitsfalle** **eine** **Unterstützung** **von** **täglich** **M 2**, **bis** **zur** **Höchstdauer** **von** **26** **Wochen** **zuteil** **würde**. **In** **der** **Diskussion** **erklärten** **mehrere** **Redner** **sich** **für** **diese** **Einrichtung**, **jedoch** **unter** **der** **Bedingung**, **daß** **der** **§** **6** **des** **Reglements** **für** **Erwerbslosen** **Unterstützung** **mit** **bezug** **auf** **§** **616** **des** **Bürgerlichen** **Gesetzbuches** **bei** **der** **Beitragsklasse** **à** **M 1** **keine** **Anwendung** **finde**. **Diese** **Bestimmung** **enthalte** **eine** **Ungerechtigkeit**, **eine** **Ansicht** **der** **vom** **Referenten** **und** **einigen** **andern** **Rednern** **entgegengesetzten** **wurde**.

Zu **Punkt 6, „Bezirksarbeitsnachweis“** erhielt **Manz** **das** **Wort**. **Der** **Bezirksarbeitsnachweis** **sei** **eine** **gegenwärtige** **Einrichtung** **und** **habe** **manchen** **Kollegen** **(schon** **vor** **äußerster** **Not** **bewahrt**. **Schwer** **und** **mit** **Unannehmlichkeiten** **aller** **Art** **verbunden** **sei** **die** **Verwaltung** **desselben**. **Der** **Arbeitsvermittler** **habe** **ein** **Recht**, **zu** **verlangen**, **daß** **ihm** **sein** **amt** **von** **den** **Mitgliedern** **nicht** **erschwert**, **sondern** **durch** **Unterstützung** **der** **einsichtigen** **Mitglieder** **erleichtert** **werde**. **Es** **musse** **allen** **Kollegen** **zum** **Bewußtsein** **kommen**, **daß** **neben** **Rechten** **auch** **Pflichten** **zu** **erfüllen** **sind**. **Den** **sich** **in** **den** **letzten** **Jahren** **ergebenen** **Mißständen** **musse** **durch** **Einhaltung** **eines** **vor** **Jahresfrist** **beschlossenen** **Reglements** **entgegengewirkt** **werden**. **Die** **Diskussion** **bestätigte** **die** **Ausführungen** **des** **Referenten**. **Nach** **Erledigung** **einiger** **nebensächlicher** **Fragen** **schloß** **mit** **einem** **warmen** **Appell** **an** **die** **Delegierten** **und** **Gäste** **der** **Vorsitzende**, **Kollege** **Wennagel**, **die** **Konferenz**.

**Bäckermeisterkonferenz für Württemberg.**

Die **Konferenz** fand am **24. Februar** in **Stuttgart** statt. **Anwesend** waren die **Vertreter** **von** **Stuttgart, Ehlingen, Zuffenhausen, Cannstatt, Ebingen, Gmünd, Alalen, Schramberg, Degerloch** **und** **Wangen**. **Der** **Verbandsvorstand** **war** **durch** **Lantes-Hamburg**, **die** **Bezirksleitung** **durch** **Manz** **vertreten**. **Kollege** **Baum-Ehlingen** **wurde** **als** **Vorsitzender**, **Jaus-Cannstatt** **als** **Beisitzer** **und** **Manz** **als** **Schriftführer** **gewählt**. **Baum** **ist** **der** **Ueberzeugung**, **daß** **es** **nicht** **bei** **der** **ersten** **Konferenz** **bleibe**, **sondern** **daß** **diese** **Einrichtung**, **die** **zweifellos** **im** **Interesse** **der** **Beteiligten** **liege**, **für** **die** **Dauer** **beibehalten** **werde**. **Lantes** **erhielt** **zum** **Punkt 1: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen usw.“** **das** **Wort**. **Er** **wies** **darauf** **hin**, **daß** **es** **notwendig** **ist**, **die** **Gehalts- und Arbeitsbedingungen** **der** **Bäckermeister**, **genau** **so** **wie** **die** **Lohn- und Arbeitsbedingungen** **der** **Konsumbäcker**, **durch** **unsere** **Organisation** **tariflich** **zu** **regeln**. **Es** **sei** **falsch**, **wenn** **man** **den** **Standpunkt** **betreite**, **daß** **die** **Bäckermeister** **als** **Vertrauenspersonen** **nicht** **unter** **die** **tariflichen** **Abmachungen** **zu** **stellen** **sind**. **Allerdings** **musse** **bei** **der** **Regelung** **der** **Gehaltsansprüche** **von** **andern** **Gesichtspunkten** **ausgegangen** **werden**. **Man** **dürfe** **nicht** **lediglich** **Grundlöhne** **verlangen**, **sondern** **musse** **stufenweis** **steigende** **Gehälter** **verlangen**, **welche** **sich** **nach** **dem** **Umsatz** **der** **Betriebe** **zu** **richten** **haben**. **Auch** **die** **Regelung** **der** **Arbeitszeit** **sei** **erforderlich**. **Bäckermeister** **und** **Oberbäcker** **hätten** **das** **selbe** **Recht**, **die** **Bezahlung** **der** **Ueberstunden** **zu** **verlangen** **wie** **die** **Bäcker**. **Ebenso** **sei** **es** **notwendig**, **einheitliche** **Anstellungsbedingungen** **anzustreben**. **Dies** **können** **jedoch** **nur** **durch** **tarifliche** **Abmachungen** **der** **Organisation** **erreicht** **werden**. **An** **der** **Diskussion** **beteiligten** **sich** **die** **Kollegen** **Meßger, Wennagel, Manz, Baum** **und** **Jaus**. **Die** **vorgelegte** **Resolution** **wurde** **einstimmig** **angenommen**.

Zum **zweiten** **Punkt** **erhielt** **Kollege** **Wennagel-Zuffenhausen** **das** **Wort**. **Der** **Redner** **steht** **auf** **dem** **Standpunkt**, **daß** **der** **verantwortliche** **Leiter** **unbedingt** **beim** **Einkauf** **von** **Rohmaterialien** **gehört** **und** **zu** **Rate** **gezogen** **werden** **muß**. **Besonders** **bei** **Anschaffung** **von** **Maschinen** **und** **Veränderungen** **der** **Betriebseinrichtungen** **musse** **vorher** **der** **Betriebsleiter** **unterrichtet** **und** **sein** **Rat** **eingeholt** **werden**. **In** **der** **Diskussion** **wurde** **auf** **Auslassungen** **der** **„Genossenschaftlichen Rundschau“** **verwiesen**. **Dort** **werde** **der** **Standpunkt** **betreten**, **daß** **der** **Bäckermeister** **von** **den** **Genossenschaftsverwaltungen** **nicht** **lediglich** **als** **Untergebener** **betrachtet** **und** **behandelt** **werden** **soll**, **sondern** **es** **musse** **ein** **genossenschaftliches** **Zusammenarbeiten** **Platz** **greifen** **im** **Interesse** **des** **Betriebes** **selber**. **Es** **sei** **ein** **ungefunder** **Zustand**, **einem** **Manne** **die** **Verantwortung** **zu** **übertragen** **in** **bezug** **auf** **die** **Herstellung** **der** **Waren**, **ihn** **aber** **bei** **dem** **Einkauf** **von** **Rohmaterialien**, **Anschaffungen** **usw.** **glattnweg** **zu** **übergehen**. **Hier** **musse** **unbedingt** **eine** **Besserung** **erstrebt** **werden**. **Alle** **Diskussionsredner** **waren** **sich** **über** **die** **Unhaltbarkeit** **der** **jetzigen** **Zustände** **einig**. **Man** **dürfe** **sich** **nicht** **bloß** **von** **Billigkeitsgründen** **beim** **Einkauf** **und** **bei** **Neuananschaffungen** **leiten** **lassen**, **sondern** **man** **habe** **die** **Qualität** **zu** **berücksichtigen**. **Auch** **die** **zu** **diesem** **Punkte** **vorgelegte** **Resolution** **wurde** **einstimmig** **angenommen**.

**Kollege** **Meßger-Stuttgart** **referierte** **nun** **nach** **über** **den** **Wert** **der** **Baßhilfsmittel**. **Wir** **werden** **auf** **seine** **Ausführungen** **später** **ausführlicher** **in** **der** **„F a c h t e c h n i s c h e n** **N u n d s c h a u“** **eingehen**. **Die** **Diskussionsredner** **pflichteten** **dem** **Referenten** **einstimmig** **bei**, **daß** **von** **einem** **guten** **Rohprodukt** **eine** **gute** **Ware** **hergestellt** **werden** **kann**, **auch** **ohne** **Hilfsmittel** **und** **ohne** **Schädigung** **des** **konsumierenden** **Publikums**.

Unter **„Verschiedenes“** wurde **nach** **auf** **den** **Wert** **von** **ähnlichen** **Zusammenkünften** **für** **die** **Zukunft** **hingewiesen**. **Nach** **Erledigung** **einiger** **weiterer** **Angelegenheiten** **schloß** **Kollege** **Baum** **die** **schon** **verlaufene</**

bilanzieren. In dieser Versammlung konnte nur der erste Tagesordnungspunkt erledigt werden. Die Fortsetzung fand bei schwachem Besuch am 4. Februar statt. In den Vorstand wurden fast sämtliche im Vorjahr amtierende Vorstandsmitglieder wiedergewählt, ebenso wurden die Sektionsverwaltungen nach den Vorschlägen der Sektionen bestätigt. Weiter ist bemerkenswert, daß die Generalversammlung den Anschluß an die Zentralbibliothek im Plauenschen Grunde beschloß und ebenso für den Beitrag für das Volkshaus zu haben war. Daß einzelne Redner, die sonst nie oder selten sich in Versammlungen sehen ließen, recht hübsche „Stilblüten“ zum Besten gaben, die sehr beschämend für diese Personen sind, soll nur nebenbei bemerkt werden, hoffend, daß in Zukunft solche Glanzleistungen unterbleiben. Die Sektionsversammlungen behandelten speziell ihre Tätigkeit und Vorkommnisse im vergangenen Jahre und beschäftigten sich mit den Vorschlägen zu den Neuwahlen. Die Sektion Döbeln wurde in eine Mitgliedschaft umgewandelt, die Mitgliedschaft Leisnig aufgelöst und als Zahlstelle der Mitgliedschaft Döbeln weitergeführt. Diese neue Mitgliedschaft umfaßt das Agitationsgebiet Döbeln, Mohrweim, Waldheim, Hartha, Leisnig und Lommatzsch. Die konstituierende Versammlung wählte den Kollegen Morgenstern, Sörmitz 3, als Vorsitzenden. Der Bezirksleiter hielt noch einen instruktiven Vortrag über die Aufgaben der Verwaltung. Weiter wurde die Lohnbewegung in der Schokoladen- und Zuckerverfabrik von Clemen & Sohn, die immerhin unter den gegebenen Verhältnissen beachtenswerte Vorteile brachte, einer Besprechung unterzogen. Bezüglich der Anerkennung des Tarifvertrages in den Konsumvereinen Hartha und Leisnig sollen weitere Schritte unternommen werden. Bei guter Leitung der Geschäfte und bei Mitarbeit aller Mitglieder wird es auch in der neuen Mitgliedschaft Döbeln vorwärtsgehen. Betriebsversammlungen fanden insgesamt neun statt.

**Bäcker.**

**Bochum.** In einer öffentlichen Versammlung am 21. Februar waren ungefähr 25 Personen anwesend. Der Vortrag des Kollegen Friedmann-Hamburg wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion stellte der christliche Kartellvorsitzende, Anton Meise, der mit noch zwei Christen und einem Bergmann Peters, erschienen war, einen Verband als sozialdemokratisch hin. Mehr wußte er anscheinend nicht von der Bäckerbewegung. Er faselte dann noch allerhand zusammenhaftiges Zeug und als nach einigen Minuten sein Wissen sich erschöpfte, gab er vorläufig seinen Ton mehr vor sich. Von den Kollegen Großfurt, Schürmann und dem Vorsitzenden wurde ihm heimgelächelt. Dann nahm noch Bergmann Peters das Wort und wollte unter dem Beifallsgebrüll seiner drei Brüder in Christo auch die Bäcker vor der roten Flut retten. Als Anton Meise aber nochmals das Wort genommen, um zu retten, was noch zu retten war, hatten die Bäcker von seinem Gefasel genug, und als er geendet hatte, ging der Antrag ein, daß nur noch Bäcker das Wort erhalten sollen. Da verließen die Christen unter einer Reihe unparlamentarischer Ausdrücke den Saal; wir hatten an ihnen nichts verloren. Vor Schluß der Versammlung ging noch folgende Resolution ein und wurde einstimmig angenommen: „Die öffentliche Bäcker- und Konditorenversammlung erkennt nur den Zentralverband der Bäcker- und Konditoren als ihre Interessenvertretung an und spricht dem Industrieverband die Existenzberechtigung ab.“ Auch die anwesenden Nichtmitglieder stimmten dafür. Am andern Tage erschien in der hiesigen Zentrumspreffe die Schwindelnotiz, wonach der Verband einen glänzenden Reinfall erlebt hätte! Das war die Rache dafür, daß die Sprengung der Versammlung mißlungen war.

**Chemnitz.** Eine öffentliche Bäckergefellensversammlung tagte am 15. Februar im „Sächsischen Grenadier“, Wiesenstraße. Kollege Allmann sprach über das Thema: „Warum besteht in unserm Gewerbe noch das veraltete Kost- und Logisystem?“ Die zirka 350 anwesenden Kollegen folgten den einstündigen Ausführungen des Referenten aufmerksam und zollten am Schluß stürmischen Beifall. In der Diskussion sprachen elf Kollegen, die alle dem Referenten zustimmten. Dann stellte sich ein Kollege namens Beher als Gelber vor und erklärte, daß es in Chemnitz noch recht viele Bruchbuden gäbe, ferner Bäckereien mit so schlechten Schlafräumen, daß er dort nicht schlafen würde; aber auch Verbandskollegen arbeiteten dort. Im Schlußwort betonte Allmann, daß es Chemnitz um das Kost- und Logisystem besonders schlecht stehen müsse, da sogar ein Kollege vom gelben „Bund“ die Beschwerden darüber habe zugeben und bestätigen müssen. Die Versammlung beschloß dann gegen drei Stimmen, mit allen gesetzlichen Mitteln das Kost- und Logisystem beim Meister zu beseitigen. Trotzdem von anderer Seite die Parole ausgegeben war, nicht in die Versammlung zu gehen, und obwohl es verschiedene Meister eingerichtet gewußt hatten, daß ihre Gesellen bis 2 1/2 Uhr nachmittags und länger arbeiten müßten, kamen die Kollegen doch in Scharen zur Versammlung, ein Beweis dafür, daß unter den Chemnitzer Bäckergefellens die Erkenntnis ihrer üblen Lage mehr und mehr Platz greift. Der gute Verlauf der Versammlung läßt hoffen, daß alles daran gesetzt werden wird, das veraltete Kost- und Logisystem beim Meister zu beseitigen.

**Frankfurt a. M.** Für die Hilfsarbeiter und Tagelöhner fand eine Versammlung am 24. Februar im Lokale Diefers statt, die auch von den in den Brotfabriken arbeitenden Kollegen besser besucht war als sonst. Kollege Allmann behandelte die Frage: „Was wollen die organisierten Arbeiter der Bäckereibetriebe“ unter allgemeinem Beifall. Nachdem noch ein besserer Besuch der Versammlungen in Zukunft von den Hilfsarbeitern sowie den Fabrikbäckern zugesagt wurde, fand die so anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Karlsruhe.** Am 27. Februar tagte hier eine öffentliche Versammlung, welche sich eines sehr starken Besuches zu erfreuen hatte. 110 Bäckergehilfen hatten dem Versammlungsruf Folge geleistet und zeigten ein sehr großes Interesse für das wichtige Thema: „Der neugewählte Reichstag und unsere Forderung auf den sechshunddreißigtägigen wöchentlichen Ruhetag an denselben“. Kollege Kantes behandelte dieses Thema in großzügiger und leicht verständlicher Weise. Insbesondere wurde von ihm auf das Ausland geachtet, wo schon seit Jahren günstige Ruhetagsverhältnisse gesetzlich geregelt seien. In Deutschland aller-

dings sind wir nicht auf der Höhe der Zeit; denn die Gesetzgebungsmaschine arbeitet nur im Schnecken tempo. Nur durch die Macht der Organisation haben wir in Groß- und Kleinstädten für Tausende von Bäckergehilfen den Ruhetag erkämpft. Mit dem Hinweis auf Ausbau der Organisation schloß Redner seine trefflichen Ausführungen. In der freien Aussprache beteiligten sich die Kollegen Weith und Fiedler. Letzterer ging des näheren auf den Reichstagswahlkampf sowie auf das Referat ein. Alle Redner erhielten lebhaften Beifall. Mehrere Aufnahmen wurden erzielt. Wogen die Karlsruher Gehilfen nunmehr wieder fruchtbringenden Samen ausstreuen, und eine gute Ernte wird nicht ausbleiben.

**Lauban i. Schl.** Eine öffentliche Versammlung — die erste in diesem rüdständigen Nachbarorte von Görlitz — fand am 29. Februar statt. Kollege Prochaska referierte über die hiesigen Bäckereiverhältnisse und unterzog die bestehenden Mißstände, besonders in bezug auf das Kost- und Logisystem, einer scharfen Kritik. Er legte den Vorteil dar, den die Abschaffung des Kost- und Logisystems bringen müßte. Ferner geißelte er die krasse Lehrlingszuchterei; kommen doch hier auf nur 19 Gesellen 58 Lehrlinge! Hier ist also noch viel Kulturarbeit zu verrichten. Die Löhne der Gesellen betragen M 4, 5, 6, höchstens M 7 und M 8 pro Woche. Auch den großen Öffnungen auf spätere Selbstständigkeit mußte Prochaska die Wirklichkeit entgegenhalten. Wie rüdständig die Kollegen hier noch sind, erfährt man daraus, daß am selben Tage die „Germania“ gesellen auch schnell eine Versammlung angeführt hatten, um die Kollegen von jeder Aufklärung über ihre Lage fernzuhalten. Aber trotzdem schloß sich den acht bereits organisierten Kollegen noch ein weiterer an. Sie versprachen, an der Beseitigung der Mißstände entschieden mitzuarbeiten zu wollen.

**Leipzig.** Die Leipziger Kollegen hielten am Donnerstag, 29. Februar vier öffentliche Versammlungen ab, die von weit über 600 Kollegen besucht waren. Die Versammlungen erfreuten sich diesmal des polizeilichen Schutzes. In der Vormittagsversammlung, die nur für arbeitslose Kollegen einberufen und von über 100 Kollegen besucht war, hatte die Behörde einen Beamten zur Ueberwachung gesandt, während in den Nachmittagsversammlungen die Beamten nur den Auftrag hatten der Versammlung beizuwohnen. — Die Meister verprügeln sich in ihren Versammlungen und die Gesellen werden in ihren Versammlungen überwacht. — Die Stimmung in allen Versammlungen war eine vorzügliche und über 50 Aufnahmen waren das Resultat. In den Diskussionen über das Referat: „Das Scharfmachertum in der Leipziger Bäckereinnung und der bevorstehende Lohnkampf“ kam nur der eine Gedanke zum Ausdruck, daß in diesem Jahre in Leipzig das Kost- und Logisystem vollständig beseitigt werden müsse. Die Leipziger Kollegen werden nun noch in den kommenden Tagen alles aufbieten müssen, um auch den letzten Kollegen für den Verband zu gewinnen. — Zur selben Zeit hatten auch die Meister Bezirksversammlungen, die sich ebenfalls mit der neu eingeleiteten Lohnbewegung befaßten. Dort soll der Scharfmacherstandpunkt wieder triumphiert haben und beschlossen worden sein, daß alle Meister fest zusammenstehen sollten und nicht bewilligen, denn die Bewegung sei nur eingeleitet, um der Genossenschaft Kunden zuzuführen. Daß solcher Unsinn noch verzapft werden kann, sollte man nicht für möglich halten. Haben die Herren Scharfmacher immer noch nichts aus der letzten Bewegung gelernt? Nun, so werden sie noch eine Lehre hinnehmen müssen. Die Bäckermeister mögen sich aber dann, wenn es nicht so geht, wie sie sich gedacht haben, bei ihren „Oberrn“ bedanken!

**Spremberg.** In der letzten öffentlichen Versammlung am Orte war auch ein „meistertreuer Geselle“, beschäftigt beim Bäckermeister Jurs, Slamm, anwesend. Er philosophierte nach Wismutbäckerischer Theorie über das Selbständigwerden. Jeder sparsame Kollege könne heute noch Meister werden. Wir gaben demselben schon damals den Rat: Wir wollen ihm eine pleitegegangene Bäckerei nachweisen und das Mehl für eine Woche schenken, dann soll er uns den Beweis liefern, ob er auch Meister bleiben wird. In den letzten Tagen zeigte es sich nun, wie der „Meistertreue“ die „Spargroschen“ aufbringt. Er hat verschiedenen jungen Kollegen unter Vorpiegelung falscher Tatsachen Geld abgeborgt und ist seitdem verschunden. Ein neuer Beweis, daß ein ehrlicher Mensch sich nicht zum Verräter seiner Mitmenschen hergibt.

**Konditoren.**

**Frankfurt a. M.** Nachdem am 22. Februar nachmittags eine öffentliche Versammlung für Bäcker stattgefunden hatte, sprach Kollege Allmann-Hamburg am Abend vor den Konditoren, die ziemlich zahlreich erschienen waren, über das Thema: „Was wollen die organisierten Konditorgehilfen?“ Er verbreitete sich über die Lohnbewegungen aller Berufs- und Beamtenstände bis zu den regierenden Kreisen, die nur den Unterschied zeigen, gegenüber den Verbesserungsbestrebungen der Kinderbemittelten, insbesondere der Arbeiterklasse, daß diese Kreise in ihren Ansprüchen nicht so bescheiden sind, obgleich sie ihre Bestrebungen nicht Lohnbewegungen, sondern „Gehaltserhöhungen“ nennen. Redner wies ferner auf die schädlichen Einflüsse des Bundes der Landwirte auf die Regierung und die fast unerträgliche Teuerung als Folge hin. Eigentümlich sei, daß man unter solchen Umständen in Arbeiterkreisen noch überhaupt über dergartige Themen erst referieren müsse. In der ausgiebigen Diskussion kam offen zum Ausdruck, daß der Konditorenberuf der aller schlechtest bezahlte ist, trotzdem an die Gehilfen größere Ansprüche gestellt werden als in den meisten andern Berufen. Von den einzelnen Konditorgehilfen wurde betont, daß der Organisationsgedanke auch unter den Konditorgehilfen vorhanden sei, nur könne ein Teil die wirtschaftliche Entwicklung nicht erkennen, die die Aussicht auf Selbstständigkeit immer geringer werden lasse. Der bessere Einsicht zugängliche Teil schloß sich leider aus Furcht vor Maßregelungen der Organisation nicht an.

**Fabrikbranche.**

**Görlitz.** Öffentliche Versammlung für die Firma Matke & Sydow. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte Kollege Pro-

chaska über: „Die Entwicklung der Industrie zum Kapitalismus“. Der Redner kennzeichnete in treffenden Worten, wie die Kleinbetriebe sich immer mehr zum Großkapitalismus entwickeln, und daß die Löhne der Arbeiter, im Vergleich zum Verdienste der Unternehmer, nicht gleichen Schritt halten. In großen Zügen erläuterte er dann den Wert der Gewerkschaften, und daß selbst Autoritäten anerkennen müßten, daß die Gewerkschaften immer mehr einen wichtigen Faktor in der Industrie bilden. Er kritisierte dann noch die Verhältnisse im Betriebe selbst. Die Anwesenden waren aufs höchste empört über das Vorgehen einzelner Meister, das sich diese gegenüber den Arbeitern und Arbeiterinnen erlauben. Auch Herr Matke sollte endlich seine kraftvollen Ausdrücke unterlassen. Einen entlassenen Packer, welchem einige Tafeln Schokolade bei seiner Kommission fehlten, nannte er Spitzbube, rief ihn dann in sein „vertrautes Zimmer“ und sagte zu ihm: „Alter Freund, entweder Du bezahlst die Schokolade oder Du gehst Deiner Wege.“ Natürlich ging der Kollege lieber seiner Wege, als noch länger in den Augen des Chefs ein Spitzbube zu sein. Auch den übrigen Leuten gegenüber kommt der Ausdruck Spitzbube nur zu oft vor. Nach der lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute abend im Gasthof „Piepelt's Brauerei“ tagende öffentliche Versammlung der Schokoladen- und Zuckerverarbeiter und -arbeiterinnen, welche von 70 Personen besucht war, erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammelten erblicken in den Maßregelungen, welche die Firma Matke & Sydow in diesem Jahre gegen einige Personen vorgenommen hat, eine Brutalität. Ferner verpflichten sich die Versammelten, noch mehr als bisher der Organisation beizutreten und mitzuhelfen; weiter gelobt die Versammlung, alles aufzubieten, und wird nicht eher ruhen, bis der letzte Mann der Organisation beigetreten ist.“ Nachdem acht Personen dem Verbands beitraten, wurde zum Schluß ein dreifaches Hoch auf die Organisation ausgedrückt.

Wegen Raummangel mußten einige der zuletzt eingelaufenen Berichte zurückgestellt werden. Wir bitten dringend, noch ausstehende Berichte über Bezirkskonferenzen so kurz wie irgend möglich zu fassen. Die Redaktion.

**Aus gegnerischen Organisationen.**

**Die Gelben und der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.** „Ziel und Zweck unserer Bestrebungen“ lautete das Thema, das der Generalsekretär Taube in einer Versammlung der gelben Bäckergehilfen in Königsberg am 22. Februar behandelte. Nachdem dieser Herr das Blaue vom Himmel in bezug auf die allgemeine Arbeiterbewegung heruntergeschwafelt hatte, ging er auf unsern Beruf und unsere Bewegung ein. Die Sozialdemokratie errichte Konsumvereine, um die kleinen Geschäftsleute und Bäckermeister zugrunde zu richten. Und auch hier in Königsberg gehe der Konsumverein daran, eine Konsumbäckerei in Betrieb zu setzen. Durch dieses Vorgehen würde so manchem jungen Kollegen die Möglichkeit genommen, sich selbständig zu machen.

Nur eins hat hierbei dieser edle Herr vergessen, nämlich daß heute schon (ohne daß eine Konsumbäckerei existiert) über 300 gelernte Bäcker hier am Orte in Fabriken, am Rai, auf Bauten und in andern Berufen Beschäftigung suchen müßten. Ganz abgesehen, daß noch 134 Arbeitssuchende täglich den Arbeitsnachweis umlagern. Was sagt diese Taube dazu?

Streik und Boykott müßten ebenfalls herhalten, und über den Streik in Danzig fabelle er, die Türen wären nach dem Streikbeschlusse im Versammlungslokale verschlossen worden, damit keiner zur Arbeit gehen konnte; auch die Hute wären den Gesellen weggenommen worden. Die Lehrlingszuchterei nahm der gute Mann selbstverständlich in Schutz; es könne keine Rede davon sein, daß viele Lehrlinge vorhanden wären, weil der Verband durch Flugblätter die Eltern davon abhalte, ihre Söhne beim Bäcker in die Lehre zu geben.

Und die Tatsache? Hier in Königsberg sind ungefähr 280 Lehrlinge eingeschrieben; ungefähr 340 Gesellen sind am Orte beschäftigt. In vier Jahren ist also der ganze Gesellenstand durch neue Kräfte ersetzt. Es ist wohl keine Lehrlingszuchterei, wenn Bäckermeister sieben bis acht Lehrlinge und einen Gesellen beschäftigen?

Die Forderung nach einem sechshunddreißigtägigen Ruhetag erklärt Taube natürlich für vollständigen Unsinn. In der Diskussion trat Obermeister Segadlo für ein gesetzliches Wadverbod ein. Er hat seine lieben Gesellen, ja zum Innungsborstand zu kommen, wenn einer nicht den Mindestlohn zahle. (Jetzt wissen die Gesellen wenigstens, was sie zu tun haben.) Eine andere Innungsgröße machte die Enthüllung, daß er keine Raten beschäftige. Die Gesellen sollten sich nur nicht auf die rosigen Tage in der Konsumbäckerei verlassen, sondern treu zu Meister und Handwerk halten. Die Arbeiter in den Konsumvereinen hätten gar nicht so sehr rosige Tage; wenn sie nicht nach der Peise der Sozis tanzten, flögen sie raus.

Wir wollen zum Schluß heute nur noch feststellen, daß gerade die pleite geangenen Bäckermeister auf die Stellen in den Konsumvereinen Jagd machen. Die Gesellen sollen wahrscheinlich überhaupt keine Stellen im Konsumverein annehmen, sondern sie den bankrotten Bäckermeistern überlassen.

**Internationales.**

**Quittung.**

An Beiträgen für das Internationales Sekretariat gingen ein: Vom Bäckersyndikat des Departement Seine für das Jahr 1911 M. 18 für 600 Mitglieder. Der Betrag ist bereits am 29. Dezember des Vorjahres eingelaufen, versehenlich aber leider bei der Veröffentlichung der letzten Quittungen übersehen worden.

**Internationales Sekretariat für Bäcker und Konditoren.**  
O. Allmann.

**Kopenhagen. Zuzug von Konditoren nach Kopenhagen ist nach wie vor streng fernzuhalten.**

**Allgemeine Lohnbewegung in den Bäckereibetrieben Schwedens in Aussicht.** Wie uns mitgeteilt wird, sind kürzlich sämtliche Tarife zwischen den Bäckermeisterversammlungen und unserer Bruderorganisation in Schweden zum 1. März gekündigt worden. Es steht also eine allgemeine Lohnbewegung bevor, an der rund 4000 Verbandsmitglieder beteiligt sein würden.

**Zuzug ist bis zur Erledigung der Bewegung streng fernzuhalten.**

**Warnung vor Zuzug nach Paris!** Unsere Kollegen des Departement Seine (Frankreich) stehen vor ersten Kämpfen mit ihren Unternehmern. Wir ersuchen deshalb dringend, daß jeder Zuzug von Berufskollegen nach dem Departement streng ferngehalten wird.

**Zur Lohnbewegung der Bäckereiarbeiter Wiens.** Fünf Jahre werden es am 14. März sein, als die Bäckereiarbeiter Wiens infolge der ablehnenden Haltung der Meisterschaft gezwungen waren, durch den Ausstand ihren Tarifforderungen den gebührenden Nachdruck zu verleihen. Mehr als 5000 Kollegen (96 pZt. aller Beschäftigten) traten an diesem Tage in den Streik, und erst in der vierten Woche des Streiks kam es zu ernststen Verhandlungen, so daß nach 24 Tagen des Kampfes jener Tarifvertrag zustande kam, der nun am 6. April dieses Jahres abläuft.

Innerhalb dieser fünf Jahre sind alle Bedarfsartikel im Preise enorm gestiegen, dazu gesellte sich eine früher nie so empfundene Wohnungsnot, die es den Hausbesitzern ermöglichte, mit den Mieten für kleine Wohnungen ganz empörend in die Höhe zu gehen. Das alles und die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes durch die ungemein große Zuwanderung arbeitsloser Fachkollegen nach Wien machten sich die Unternehmer zunutze und drückten die tariflichen Löhne, insbesondere bei den letzteren Kategorien, herunter. Die steigende Not wußten sie in eminenter Weise für ihre Profitinteressen auszunützen, der Tarif wurde sehr wenig respektiert, was zu steten Konflikten in der Form von Einzelkämpfen führte. Alles das haben die Gehilfenvertreter reiflich erwogen, und als der Tarif auf Grund des Ergebnisses einer Urabstimmung vom Gehilfenausschuß gekündigt wurde, da stand es bereits fest, daß die Gehilfenschaft vorwiegend ihre ganze Kraft darauf konzentrieren müssen, um einen Kollektivvertrag im Sinne des § 114b der Gewerbeordnung mit der Genossenschaft abzuschließen. Ein solcher Vertrag ist nämlich rechtlich verbindlich, er muß jedoch von einer Dreiviertelmehrheit beiderseits anerkannt werden. Die Gehilfenschaft hofft, auf diese Weise der schändlichen Durchlöcherung des Vertrages besser zu begegnen; es soll den Gehilfen eine bessere Garantie geboten werden, daß sie das, wozu sich die Meister vertragsmäßig verpflichten, auch wirklich erhalten. Ein Wortbruch hat die Wiener Bäckermeister bis jetzt wenig geniert, nach außen hin die vollste Anständigkeit zu heucheln.

Sonst wird eine durch die Teuerung begründete Lohnhöhung im Betrage von Kr. 4 pro Mann und Woche gefordert. Dadurch wird keinesfalls eine Hebung der Lebenshaltung erreicht, sondern es soll zum mindesten jenes Niveau den Gehilfen gesichert werden, auf dem sie vor fünf Jahren gestanden.

Bezüglich der Arbeitszeit enthalten die Forderungen, die am 20. d. M. der Genossenschaft überreicht wurden, die Bestimmung, daß innerhalb elfstündiger Anwesenheit in der Bäckerei die Arbeitszeit im Höchstfalle neun Stunden betragen darf. Das wäre eine effektive Verkürzung um eine Stunde gegen den jetzigen Tarif.

Zur Ueberwachung betreffs der Einhaltung des Tarifvertrages soll eine paritätisch zusammengesetzte Tarifkommission gewählt werden. Schließlich wird gefordert, daß der Vertrag mit einer dreijährigen Gültigkeitsdauer versehen wird und nicht mehr halbjährlich, sondern vierteljährlich kündbar sein soll. Sonst wurden die übrigen Bestimmungen des ablaufenden Vertrages unverändert belassen.

**Zuzug nach Wien ist fernzuhalten.**

Nach den letzten vorliegenden Mitteilungen hat eine am 1. März stattgefundene Vollversammlung der Meister beschlossen, die Gehilfendelegierten zu Unterhandlungen einzuladen und sollten solche bereits am 4. März einsetzen.

**Eine der neuesten Schandtaten der Christlichgelben in Wien.** Kaum wurden die Forderungen der Gehilfenschaft beschlossen, schon sind die „Christlichen“ auf den Plan getreten, um der Gehilfenschaft abermals schändlich in den Rücken zu fallen. Die Einleitung hierzu war die Verbreitung eines Flugblattes an die Bäckermeister, das dieser Tage allen Meistern per Post zugestellt wurde. Die Christlichgelben versichern den Meistern die prompteste Lieferung von Streikbrechern, ja, sie legen den Unternehmern nahe, eine Aussperrung aller „roten“ Gehilfen vorzunehmen, und zwar aus dem Grunde, damit diese ihre Beiträge an die Organisation nicht zahlen und in Konsumvereinen nichts kaufen können. Es heißt in diesem Flugblatt, die roten Gehilfen gleichen einer Schlange, die die Meister an ihrem Busen nähren, die aber darauf lauert, um den Klein- und Mittelbetrieben den Todesbiß zu versetzen. Also es mögen die Meister den Rat der „guten Christen“ befolgen, damit die Schutte ihnen auf die Beine helfe.

Diese Selbstentlarvung hat das eine gute, daß nun alle Fachkollegen, die eine Verbesserung ihrer Existenz anstreben, unwiderleglich es vor sich haben, daß die Christlichen durch ihre Taten es beweisen, nichts anderes als eine verkappte Streikbrechergesellschaft zu sein.

An der Gemeinheit, die sie stets üben, müssen sie einst auch elend zugrunde gehen.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!**

Auf Beschluß des Unternehmenschutzbereins deutscher Porzellanfabriken, sind am 24. Februar sämtliche Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen der ihm angeschlossenen Betriebe ausgesperrt worden, weil die Isolatoren wegen Lohnhöhen die Arbeit eingestellt haben und sich weigern, sie bedingungslos wieder aufzunehmen.

Der Konflikt ist dadurch entstanden, daß in einem Betriebe in Teltow einige Dreher die Anfertigung einer neuen Sorte Isolatoren verweigerten, solange nicht eine Verständigung mit der Direktion über einen angemessenen Lohnsatz erfolgt sei. Die Betriebsleitung beantwortete das Verlangen der Dreher nach Preisvereinbarung mit sofortiger Entlassung. Auch die Mitglieder des Arbeiterausschusses, die im Interesse einer Verständigung bei der Direktion vorstellig geworden waren, erhielten sofort ihre Entlassung. Daraufhin legten sämtliche Isolatordreher des Betriebes die Arbeit nieder. Als sich im Laufe des Kampfes herausstellte, daß die Arbeiten für die bestreikte Firma in den anderen Isolatorenfabriken hergestellt wurden, kündigten die im Verband der Porzellanarbeiter organisierten Isolatordreher bei allen dem Syndikat der Isolatorenfabriken angehörigen Firmen und legten Ende Januar dieses Jahres die Arbeit nieder, so daß seitdem etwa 600 Dreher sich im Streik befinden. Nur zwei von den bestreikten Betrieben betreiben auch Geschirrfabrikation und gehören der Unternehmenschutzbewegung der Geschirrfabrikanten an. In den Geschirrfabrikationen dieser beiden Betriebe bestanden keine Differenzen und wurde weitergearbeitet. Trotzdem mischte sich der Unternehmenschutzberein deutscher Porzellanfabriken in den Streit und beschloß die Aussperrung aller bei den Verbandsfirmen beschäftigten Arbeiter mit dem Vorbehalt, daß die Unorganisierten nach acht Tagen die Arbeit wieder aufnehmen könnten und für die eine Woche mit dem vollen Durchschnittsverdienst entschädigt werden sollen, wenn sie einen Revers unterschreiben, daß sie niemals dem Verbandsverband der Porzellanarbeiter beitreten werden. Alle diese Arbeiter sollen in die gelbe Organisation genötigt werden.

Dem Verbandsverband der Porzellanarbeiter bleibt angesichts dieses Vorgehens der Unternehmer nichts weiter übrig, als den Kampf aufzunehmen. Er wird geführt um das wichtigste gewerkschaftliche Recht: die Mitwirkung der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den rund 17000 Mitgliedern des Verbandes der Porzellanarbeiter werden etwa 8500 von der Aussperrung betroffen. Die großen, zur Unterstützung der Ausgesperrten erforderlichen Summen kann der Verband der Porzellanarbeiter auf die Dauer allein nicht aufbringen. Da der Kampf voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, ist es notwendig, schon jetzt an die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft zu appellieren.

Wir richten deshalb an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands die dringende Aufforderung, durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zur Unterstützung der ausgesperrten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen tatkräftig beizutragen.

In die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammellisten werden von der Generalkommission nicht verlangt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden dem Einsender nicht zugestellt.

Berlin SO 16, Engelauer 15, 1. März 1912.

**Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien.**

**Umfassende Kämpfe im Schneidergewerbe** sind in den letzten Wochen ausgebrochen, weil eingeleitete Tarifverhandlungen infolge des rigorosen Eingreifens der Unternehmer scheiterten. In einigen größeren Städten stehen mehrere tausend Arbeitnehmer im Streik, und die Unternehmer wollten jetzt dieses Vorgehen mit einer allgemeinen Aussperrung beantworten. In letzter Stunde scheinen sie sich aber noch besinnen zu wollen; denn sie haben einen Vorwand gefunden, nochmals Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter anzubieten.

**Bergarbeiterbewegung in England und Deutschland.**

Nach monatelangen, leider vergeblichen Verhandlungen mit den Kohlenrubenbesitzern haben die Bergarbeiter Englands, welche bestimmte Distriktsminimallöhne fordern, zur Arbeitseinstellung gezwungen, und binnen wenigen Tagen legten gegen eine Million Arbeiter die Arbeit nieder, so daß von einem Generalkrieg gesprochen werden muß. Die Regierung hat sich ins Mittel gelegt und ist anscheinend gewillt, einen Minimallohn gesetzlich festzulegen, aber sie will ihn nicht nach den Wünschen der Arbeiter regeln. Verhandlungen sind noch im Gange, ein Abschluß aber vorläufig noch nicht abzusehen. Die Wirkung des Streiks macht sich bereits in der Industrie, vor allem in den Eisengießereien, und besonders im Eisenbahnverkehr und bei der Schifffahrt in hohem Maße bemerkbar, und die Kohlenpreise haben eine ungeheure Steigerung erfahren.

Die Bergarbeiter Deutschlands stehen diesen Kämpfen natürlich nicht tatenlos gegenüber. Einen Sympathietreik haben die Engländer selber nicht erwartet, aber die deutschen Bergflaben können selbstverständlich auch nicht darauf verzichten, die schon längst notwendige Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse nun endlich wieder ernstlich in Angriff zu nehmen. Und so stehen sie augenblicklich gleichfalls mitten in den Vorbereitungen zu einer umfassenden Bewegung. Der freie Verband, der Süddeutsche Gewerbeverein und die polnische Organisation gehen gemeinsam vor — ausgeschlossen haben sich hinterhältigerweise die „Christen“, die die deutsche Bewegung mit allen Kräften herunterziehen. Die koalitierten Organisationen haben beschloffen, zunächst während der englischen Bewegung alle Ueberstunden zu verweigern, sie sind aber auch gewillt, ihre eigene Lohnbewegung, wenn es sein muß, mit den äußersten Mitteln durchzuführen.

**Politische Rundschau.**

Aus dem Reichstag. Zur Beratung steht der Etat des Innern. Für die Sozialdemokraten spricht der Abgeordnete Wurm und führt aus: Die Thronrede will, daß der soziale Geist, wie er in der Reichsverfassung in der Ordnung zum Ausdruck kommt, auch fernerhin in der Gesetzgebung sich betätigen möge. Dieser soziale Geist ist nicht hervorragend, Tausende von Wählern haben gegen die Verschlechterungen oder sehr mangelhaften Verbesserungen gestimmt. Wir fordern ein Reichsarbeitsamt zur Hebung und Förderung der Arbeiterinteressen. Bismarck, ebenso Trimbom von Zentrum haben stets anerkannt, daß nur der Druck der Sozialdemokraten den Reichstag zu Sozialreformen treibt. Ohne Sozialdemokraten macht kein Parlament in Sozialpolitik. Vor Beginn der Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei konnte der Kapitalismus ungehindert Männer, Frauen und Kinder ausbeuten. Schrieb doch seinerzeit die preussische Militärbehörde: „Wenn nicht bald Gehalt getan wird mit der rückfichtlosen Verelendung der Volksmassen, können wir keine Rekruten mehr nach Berlin schicken!“

Was bis jetzt geschehen ist, das haben sich die Arbeiter durch ihre Organisation auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete errungen. Menschenfreunde wurden vor dem Bestehen solcher Organisationen verlacht und verspottet. Im Jahre 1866 hat der internationale Arbeiterkongreß, im Jahre 1867 die kleine Fraktion der Sozialdemokraten die Grundzüge eines Arbeiterrechtes und Arbeiterschutzes aufgestellt und seither mit Energie vertreten. Wie oft berufen sich die bürgerlichen Parteien auf die kaiserlichen Erlasse. Handeln sie danach? Nein — mit Widerwillen geben sie, und deshalb kommen nur Halbheiten zustande. Wollen Sie (zur Rechten) haben, daß wir mitarbeiten, so prüfen Sie unsere Anträge. Wir können selbstverständlich nicht zustimmen, wenn Sie einen Kern Verbesserungen und einen Saft voll Verschlechterungen in die Gesetze hineindringen wollen. Der Sozialdemokratie verdanken wir es — schreiben 1903 die konservativen „Grenzbote“ —, daß wir noch ein kampffähiges Heer haben. Wir stehen auf dem Boden der geschichtlichen Entwicklung und wissen sehr wohl, daß der Kapitalismus seine eigenen Totengräber selbst erzeugt.

Zu der offiziellen Behandlung der Tarifverträge übergehend, führt Wurm aus: Auch in einer Veröffentlichung des kaiserlichen Statistischen Amtes über den Tarifvertrag wird anerkannt: „Nach Aufhebung der Zunftverfassung war der freie Arbeitsvertrag für den Arbeiter, was den Inhalt betraf, tatsächlich nicht mehr da. Der Arbeiter mußte Arbeit annehmen zu den Bedingungen, wie sie ihm geboten wurden. Will der Arbeiter Einfluß gewinnen auf die Arbeitsbedingungen, so bedarf es des Zusammenschlusses mit seinen Berufsgenossen in Organisationen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mehr brauchen wir auch unsern Genossen draußen nicht zu sagen, als daß der freie Arbeitsvertrag ein Ding der Unmöglichkeit für den einzelnen ist, daß er sich beruflich und politisch organisieren muß, um Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Der Staatssekretär freilich sieht in dem Zusammenschluß der Massen eine Gefährdung der freien Entwicklung des Individuums des Rechts auf Persönlichkeit. Nun, wir sind die letzten, die nicht das schöne Goethesche Wort anerkennen: „Höchstes Glück der Erdenfinder sei doch die Persönlichkeit“, aber wie kann man von einer freien Entwicklung des Individuums reden, angesichts dieser vom kaiserlichen Statistischen Amt selbst zugegebenen Tatsache, daß der einzelne Arbeiter keinen freien Arbeitsvertrag schließen kann. Die Arbeiter waren nie frei und sind es heute nicht, sondern sie sind im steigenden Maße abhängig vom Kapitalismus, sie sind ein Anhängsel der Maschine geworden.“

Der Handwerker und Kleinhandelsbetriebe nehmen ab, werden in ihrer Existenz erschüttert. Ihnen kann also durch Zwangsinnungen und dergleichen nicht geholfen werden. Fürst Hohenlohe sagte einst: „Das Gesetz über die Handwerkerorganisation ist ein ziemlich törichtes Gesetz; wenn aber die Handwerker selbst es wollen, so soll man's ihnen geben.“ Dies ist eine direkte Verhöhnung und diese wird vom Handwerk noch nicht einmal verstanden. Der neue Mittelstand hat viele Angehörige und von diesen haben mehr als die Hälfte nicht mehr als M. 1800 Einkommen. Frauen und Töchter dieses Mittelstandes werden zur Erwerbsarbeit herangezogen, und dabei wird die Ernährung des Volkes stets schwieriger.

Wurm behandelte darauf noch die Wohnungsfrage, Gesundheitspflege, das Dreiklassen-, Gemeinbewahlrecht, den Maximalarbeitsstag, Urlaub in den Privatbetrieben, die Zustände in der chemischen Industrie, um mit einem Appell an die Mitglieder des Hauses zu schließen, den Sozialgesetzen mehr Beachtung zu schenken.

Nach ihm sprach der Zentrumsmann Meyer-Kaufbeuren. Er trat für ein Kartellgesetz ein, um dem fortwährenden Steigen der Kohlenpreise begegnen zu können. Einem Petroleummonopol kann er nicht das Wort reden. Darauf verteidigt er die Zollpolitik und meint, jeder Arbeiter wäre nicht nur Konsument, sondern auch Produzent. Fürs Zentrum gibt es stets einen Trost. (Fallen drei Maurer vom Gerüst, so tröstet man sich, es ist gut, daß nicht sechs darauf waren.)

Nun kommt der bekante Mittelstandsretter Pauli-Hagenow, konservativ. Er will eine präzise Abgrenzung zwischen Handwerk und Fabrik und ein Submissionsverfahren im Sinne der Innung. Die Behörden machen den größten Fehler, daß sie dem Billigsten den Zuschlag erteilen; die Fachleute kann er empfehlen, nur dürfen diese nicht mit so unnötigen Dingen bepackt werden, wie Unterricht in der Bürgerkunde. Religion muß selbstverständlich auch in der Fachschule sein. Durch die Genossenschaften werde das Handwerk sehr geschädigt, Konsumvereine müßten stärker besteuert werden. Er kommt darauf auf die Arbeitsnachweise zu sprechen und bringt ein Beispiel von „Terrorismus“ im Arbeitsnachweis der Bäcker. (Wir wollen den stenographischen Bericht abwarten, wissen aber bereits heute, daß die „Quelle“, aus der Herr Pauli schöpfte, die Berliner gelbe Klotze ist, und unsere Leser werden also wohl nichts Neues mehr erfahren können. Die Red.) Nun kommt Graf Pofadowsky zum Wort. Seine Rede ist fast wörtlich die gleiche wie vor acht Tagen — er enttäuscht rechts und links. Man entschul-

bigt und sagt sich bereits: Er wird alt und kindisch. Er kann auch nicht dafür stimmen, die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herunterzusetzen. Seinen Gedankengang offeriert der Herr Graf mit den Worten: „Die besten Pferde sterben in den Stielen“. Als er abtritt, Schweigen rechts, Schweigen links.

Wassermann (M.) beschäftigte sich zuerst mit der Sozialdemokratie. Sie habe eine glänzende Entwicklung durchgemacht; es ist aber nicht so, wie Wurm meint, daß dies auf ihre Tätigkeit zurückgeführt werden könne, vielmehr trägt die Entwicklung unserer Industrie dazu bei. Wir Liberalen in den großen Städten sind ja die Leidtragenden; deshalb fordern wir nicht allein eine Wahlkreiseinteilung, sondern in Verbindung mit dem Proporz, damit die Minderheitsparteien in gerechter Weise zur Geltung kommen können. (Zustimmung links.) Er nimmt darauf die Handwerker in Schutz und glaubt, mit den bekannten Handwerkergelesen: Innungszwang, Submissionswesen, Fachschulen, Genossenschaften, ließe sich schon recht Gutes erzielen. Er fertigte dann auch in ziemlich geschickter Weise den Reichstankler ab für seine guten Ratschläge für die Liberalen, welche sich mehr nach rechts als nach links entwickeln sollten. Da wird Wassermann wohl wieder mit seinem „Freunde“ Schiffer vom preussischen Nationalliberalismus in Konflikt gekommen sein.

Ein Vorstoß der Scharfmacher im Reichstag.

Was die Hamburger und die sächsischen Scharfmacher nur als frommen Wunsch an ihre Regierungen brachten, den sie im Bundesrat zur Geltung bringen sollen, nämlich endlich den langersehnten verschärften „Schutz der Arbeitswilligen“ herbeizuführen, das haben die Konservativen im Reichstag unmittelbar vor das Forum der Reichsgesetzgebung gebracht. Sie haben zum Etat des Reichsamts des Innern eine Resolution eingebracht, wonach der Reichstag beschließen möge, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung beziehungsweise des Reichsstrafgesetzbuches vorzulegen, durch den ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen gegen Hinderung an der Arbeit, gegen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird.

Das ist dem Sinne nach ganz dasselbe, was in Hamburg die Sieverts, Bliedmann, Berthel und Konsorten forderten und was im sächsischen Landtag der Konservative Böhme in seinem mitgeteilten Antrag zusammengefaßt hat. Es ist der konzentrierte Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, gegen den sich selbstverständlich die organisierte Arbeiterschaft mit allen Kräften zur Wehr setzen wird.

Vermutlich geben sich die Konservativen nicht der Hoffnung hin, daß ihre Resolution etwa stillschweigend „im Gedränge“ mit angenommen werden könnte, wie es seinerzeit mit der berüchtigten lex Wagner geschehen ist. Sie werden über ihre Absichten und ihr „Material“ Rede und Antwort stehen müssen, und sie werden von seiten der Sozialdemokraten eine Antwort erhalten, die „sich gewaschen hat“.

Der Reichstag wird also bald Gelegenheit haben, zu bekennen, wie er sich zu diesen Scharfmacherangriffen auf das Koalitionsrecht der Arbeiter stellt.

Allgemeine Rundschau.

Im Wolfenkrägerstil läßt die Schokoladenfirma D. Auerbach & Söhne in Neuhort jetzt ein Fabrikgrundstück auf-führen. Es sind, nach einer Schilderung des „Gordian“, elf Stöckwerke, sieben Aufzüge in feuerfesteren Schächten, ebenso feuerfichere Treppen vorgezogen. Selbstverständlich (bei Schokoladenfabriken ist so etwas immer „selbstverständlich“) Die Red. d. B. u. K.-Z.“ ist das neue Gebäude auch mit allen Einrichtungen versehen, die in gesundheitlicher Beziehung für die Angestellten notwendig sind; so gibt es unter andern Waschräume, Gänge und Einrichtungen für Unglücks- und Krankheitsfälle. Für gesunde Luft sorgt eine umfangreiche Lüftungsanlage und für Licht ist in weitgehendstem Maße gesorgt, da zirka drei Viertel der Außenfläche Fenster sind. Die Maschinenanlage hat zirka 25 000 Pferdekraft, ebenso besteht eine elektrische Anlage mit einer Kraftleistung von 1100 Kilowatt zum Betreiben der Gismaschinen und anderer Nebenanlagen. Der Neubau wird im ganzen über drei Millionen Mark kosten.

Genossenschaftliches.

Unser Genossenschaftstaxi hat außer den bereits bekanntgegebenen Vereinen auch der Konsumverein für Heidenheim und Umgebung anerkannt. Das sind nun insgesamt 183 tarifreue Vereine, die in ihren Bäckereien 2247 Personen beschäftigen.

Eingefandt.

Als Verfasser des Eingefandt „Zur Einführung des wöchentlichen Beitrags von M. 1“ habe ich zu der Polemik des Verbandsvorstandes folgendes zu bemerken: Die persönlichen Anempfehlungen, die den Mangel an sachlichen Gründen verdecken sollen, werde ich nicht erwidern. Im Laufe der Jahre ist man so daran gewöhnt, daß ich mich darüber nicht sonderlich mehr aufrege. Wenn es einen Menschen gibt, der es bedauert, daß es zu keiner Einigung gekommen ist, so bin ich es. Kollege Straube und ich können für sich in Anspruch nehmen, nach besten Kräften für das Zustandekommen einer Einigung gewirkt zu haben. Es ist richtig, daß ich in der Dezemberkonferenz versprochen habe, noch einmal zu versuchen, den Kassenvorstand in unserm Sinne umzustimmen. Dieses Versprechen wurde ich entbunden, weil die Voraussetzungen, die zur Abgabe meines Versprechens führten, wegfielen.

Meine damalige Anregung ging dahin: „Ich erkläre mich bereit, bis 1. März 1912 dahin zu wirken, daß noch in diesem Jahre eine Generalversammlung der Kasse stattfindet, unter der Voraussetzung, daß alle Veröffentlichungen zu unterbleiben haben. Sobald die Einberufung beschlossen, wird unverzüglich meinerseits Mitteilung gemacht.“ Etliche Heißsporne wollten von dieser Anregung nichts wissen. Dem Kollegen Allmann

war der Vorschlag recht, nur wollte er den 1. Februar als letzten Termin haben. Dem stimmte ich zu. Wir gingen auseinander, und ich für meine Person freute mich, einen Ausweg gefunden zu haben. Plötzlich kam in Nr. 52 von 1911 unseres Fachblattes die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes, welche besagte, daß am 1. April 1912 die M.-1-Beitragsklasse eingeführt wird.

Nachdem dies geschehen, waren also die Voraussetzungen, die zu meiner Anregung führten, gefallen.

Es ist eine durchaus irrtümliche Darstellung des Verbandsvorstandes, wenn er in Nr. 6 des Fachblattes behauptet, ich hätte angeregt, daß diese Beitragsklasse am 1. April in Kraft treten solle. Diese Anregung kann schon um deswillen nicht von mir gekommen sein, weil erstens ich bei Festsetzung der Unterstützungsätze bezw. der Karenzzeiten und des Infrastreitens der Bestimmungen nicht anwesend war, und zweitens, weil ich bereits in der gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Kassenvorstand bestritten habe, daß der Verbandsvorstand seine Beschlüsse auf Verbandsstagsbeschlüsse stützen kann. Es ist deshalb auch weiter nicht richtig, daß ich bei der Entwicklung dieser Sache in jedem Stadium mitgewirkt habe. Dies ist nur insoweit der Fall, soweit ich in dieser Angelegenheit als Kassenvorstandsmitglied mitgewirkt habe, mit Ausnahme der Dezemberkonferenz des Verbandsvorstandes, und da auch nur teilweise; denn dort stand ich vor fertigen Beschlüssen, die in irgendeiner Form zu mildern oder auszuführen zu verhindern, um den Bruderkrieg zu vermeiden, der doch keinem Teil nützt, ich bemüht war; leider mit negativem Erfolg.

Ferner ist es eine neue Erscheinung, daß man nicht den Worten (den Verbandsstagsbeschlüssen) nach, sondern dem Sinne nach handeln will. Bisher hat man bei andern Gelegenheiten sich stets auf der Gegenseite an den Wortlaut irgendeiner Sache geklammert und nicht nach dem Sinn oder Geist dieses oder jenes gefragt. Das wird man sich in Zukunft merken müssen. Ich betrachte in jeder Körperschaft die Generalversammlung als die höchste Instanz, und die mir zugeflohene Sophisterei gebe ich dem Verbandsvorstand zurück. Denn es ist nichts weiter als Sophisterei, wenn der Verbandsvorstand beide Generalversammlungen in eine Parallele stellen will. Die Beschlüsse der Generalversammlungen der Krankenkassen können nie als definitiv gültig angesehen werden, weil über dieser die Aufsichtsbehörde steht, die entweder bestätigt oder annulliert. Und gerade in dieser Frage kam die Annullation. Das alles ist dem Verbandsvorstand bekannt.

Der Verbandsvorstand bestreitet auch die Richtigkeit der aufgestellten Kalkulation. Den zahlenmäßigen Gegenbeweis ist er schuldig geblieben. An der Berechnung ist nicht zu rütteln. Auch hier gebe ich ihm die „Verdrehung der Tatsachen und nichts weiter“ zurück. Denn daß von den Verbandsbeiträgen die Kosten der gesamten Unterstützungen und Lohnbewegungen bezahlt werden, weiß auch ich; es ist nichts vergessen worden. Diese Ausgaben sind aber schon kalkuliert bei Einführung der Unterstützungs-einrichtung, so daß immer nur die verhältnismäßige Steigerung der Beitrags- und Unterstützungsleistung zugrunde zu legen ist.

An dieser unserer Ueberzeugung ändert auch die Tatsache nichts, daß ein Vertreter einer der größten Verwaltungen der Dresdner Kasse die Rentabilität nachgeprüft und durchaus sicher befunden hat. Diese Person kommt als Vertreter der Kasse nicht in Frage, und es grenzt nahezu an Demagogie, einen angeblichen Kassenvorstand gegen die Krankenkasse auszuspielen zu wollen. Dabei muß noch bemerkt werden, daß wir keine Autoritätenanbeter sind und auch nicht sein können, solange die Autorität einer Person auf irgendeinem Gebiet für uns noch lange nicht als erwiesen gelten kann. Wie solche Autoritäten und auch das Gegenteil entstehen, brauche ich nicht zu erläutern, dazu bietet sich noch einmal Gelegenheit.

Daß die M. 39 000, überhaupt dieser Zuschlag von 25 % zur Deckung ausreichen werden, wird vom Verbandsvorstand positiv nicht behauptet. Auch wir können nicht positiv behaupten, daß es nicht ausreichen wird. Wenn man aber die fortgesetzte Steigerung der Krankheitsfälle in beinahe allen Krankenkassen beobachtet, dann muß ein gewisser Pessimismus auch dem Optimisten beikommen. Und dabei werden wir voraussichtlich noch mehr als die Krankenkassen die bittere Erfahrung machen, daß nur ältere Mitglieder dieser Beitragsklasse beitreten. So riesig ist der Anstieg nicht, den die Marktstapel findet, und man brauchte Dresden da nicht hervorzuheben, es gibt noch andere Orte. Dies ist uns vielleicht ebenso bekannt wie dem Verbandsvorstand. Die prozentuale Ungleichheit der Beitrags- und Unterstützungsleistung bleibt, und das ist der springende Punkt unseres Eingefandts, und diesen hat der Verbandsvorstand mit keinem Wort widerlegt. Daß eine Aenderung noch wird eintreten müssen, allerdings nur „Kleinigkeiten“, gibt der Verbandsvorstand selbst zu.

Eine „Ehrenpflicht, Ersatz zu schaffen“, bestand für den Verband erst dann, wenn die Krankenkassen aufgelöst und dem Verband angegliedert würden.

Solange die Krankenkassen bestehen (noch dazu als Zuschußklassen mit heruntergesetzten Beiträgen), brauchen wir nicht für Ersatz zu sorgen. Wenn etwas verschwindet, dann sorgt man für Ersatz, sonst nicht. Im Jahre 1910 waren 2610 Verbandsmitglieder Mitglieder der Kasse. Wir können nicht anerkennen, daß wegen dieser winzigen Zahl von Verbandsmitgliedern es nicht möglich gewesen wäre, den nächsten Verbandstag, also rund zwölf Monate länger, abzuwarten. Es wäre wohl gut gewesen, wenn der Verbandsvorstand seine Absicht vorher öffentlich zur Diskussion gestellt hätte, fintelamen auch im Verbandsvorstand, soviel wir wissen, volle Einmütigkeit nicht herrscht.

Zum Schluß sei bemerkt: Nur rein sachliche Momente haben den Vorstand der Mitgliedschaft Dresden zu dem Eingefandt veranlaßt. Die Bezirkskonferenz hat sich dem angeschlossen. Von einem „Aufputschen der Mitglieder“, von einer Mobilmachungssorder gegen den Verbandsvorstand und daß wir die Absicht hätten, ein Kollektivaufhängen des Verbandsvorstandes vorzunehmen, kann keine Rede sein. Der Verbandsvorstand sollte sich freuen, wenn es Vorstände gibt, die zu dieser und jener Frage Stellung nehmen, wie dies ja wiederholt unsererseits geschehen ist; denn nur durch rein sachliche Diskussion kann Klarheit geschaffen werden, die nur zum Nutzen der Organisation gereicht.

Auf vorstehendes „Eingefandt“, daß allerdings keine Unterschrift trägt, aber nach der Einleitung und den sonstigen Umständen nur vom Kollegen Reymann-Dresden herrühren kann, erparen uns die Leser wohl eine erneute ausführliche Erwiderung, um so mehr, da untenstehend auf den springenden Punkt der ganzen Streitfrage der Kollege Barth-Berlin nochmals ausführlich eingetht. Von diesem zweiten Eingefandt Reymanns hatte allerdings Barth keine Kenntnis, denn beide Arbeiten liefen — freilich beide auch zu spät, um in der letzten Nummer noch Aufnahme finden zu können — bei der Redaktion gleichzeitig ein, aber wir glauben, daß mit Barths Darlegungen und Berechnungen jetzt in unserm Organ die Diskussion geschlossen werden kann. Eine Entscheidung darüber, ob die Maßnahmen des Verbandsvorstandes gerechtfertigt waren oder nicht, kann im Organ keineswegs fallen — sie liegt bei den Verbandsinstanzen — und die Dresdner Opposition hat ja schon angekündigt, daß sie diesen Weg beschreiten wird. Wir müssen an dieser Stelle unbedingt nur noch eine falsche Behauptung Reymanns berichtigen, die er auch schon dem Verbandsvorstand gegenüber schriftlich gemacht hat. Er behauptet nämlich, letzterer habe unberechtigterweise vorzeitig in Nr. 52 des vorigen Jahres die Bekanntmachung erlassen, daß am 1. April 1912 die 1-Mark-Beitragsklasse eingeführt wird. Reymann will dann wegen dieser vorzeitigen Veröffentlichung seine versprochenen Vermittlungsversuche bei dem Kassenvorstande eingestellt haben.

Wie liegt die Sache in Wirklichkeit? Am 16. Dezember wurde laut Protokoll auf der Dresdner Konferenz auf Wunsch Reymanns beschloffen, mit der Einführung der Marktstapel bis 1. April zu warten, weil eben Reymann hoffte, den Kassenvorstand noch zu einer andern Stellungnahme zu bringen. Unter den Teilnehmern der Konferenz herrschte, darüber besteht nirgends Zweifel, schließlich Einmütigkeit, das Resultat der Reymannschen Bemühungen noch abzuwarten und deshalb vor Anfang Februar die einzelnen Bestimmungen der zu schaffenden Marktstapel nicht zu veröffentlichen. Aber am dritten Tage der Konferenz, am 18. Dezember, als die einzelnen Bestimmungen der Marktstapel noch einmal im Weissen Reymanns durchberaten worden waren, wurde nach Darlegung aller Gründe beschloffen, eine kurze Vornotiz an hervorragender Stelle im Organ noch vor Schluß des Jahres zu bringen, damit die Kassennmitglieder erkennen konnten, daß die Beschlüsse unserer Generalversammlung nunmehr wirklich zur Ausführung kommen werden. Das Protokoll sagt darüber wörtlich:

„Reymann: Eine Verständigung mit der Zentralkrankenkasse wird sich wohl noch erzielen lassen, wenn auch Pietzschmann, der Kassenvorsitzende, der Verständigung nicht zugänglich ist. Die Vorlage mit der von Allmann vorgegeschlagenen Aenderung wird einstimmig angenommen. Die Bekanntmachung soll noch in diesem Jahre im Fachorgan erfolgen.“

Dann heißt es auf der nächsten Zeile weiter: „Von Reymann werden Rechtsschutzgesuche... usw.“ Aus der Fassung dieses Protokolls wird wohl jeder, der seine fünf Sinne zusammennimmt, ersehen, daß in Reymann's Gegenwart die jetzt von ihm gerügte Veröffentlichung, wegen der er angeblich dann seine Vermittlungsversuche einstellte, beschloffen wurde! Er bringt es fertig, zu schreiben: „Nachdem dies geschehen (die Veröffentlichung in Nr. 52/1911), waren also die Voraussetzungen, die zu meiner Anregung führten, gefallen.“ Das zeigt wohl recht deutlich, wie Reymann's Darlegungen zu bewerten sind.

Zur Einführung der M.-1-Klasse.

Die Nr. 8 der Fachzeitung enthält einen Artikel des Kollegen Reymann zur Frage der Einführung des wöchentlichen Beitrages in Höhe von M. 1. Man könnte ja nach der Entgegnung der Redaktion mit denen übereinstimmen, die nach dem Studium des Artikels des Kollegen R. seelenruhig erklärten: „Da lach ich über!“ Nun sind aber nicht alle Naturen gleich veranlagt, und Schreiber dieses findet, daß es diesem Gemisch eisenstirniger Behauptungen, väterlicher Lehrhaftigkeit und irreführender Berechnungen gegenüber heroischer Ueberwindung bedürfte, um kühl zu bleiben.

Ganz offenkundig ist hier der Kassenvorsitzende, Kollege Pietzschmann, die treibende Kraft. Derselbe hätte allen Grund, sich in dieser Sache recht ruhig zu verhalten. Ist doch gerade genug Rücksicht gegen ihn geübt worden. Nachdem aber dieser ungläubliche Angriff von Dresden her erfolgt, muß es einmal öffentlich ausgesprochen werden, daß Kollege Pietzschmann mehr als einen Generalversammlungsbeschuß der Hilfskassen wiederholt mit Füßen trat! Für diesen Kollegen springt R. todesmutig in die Arena. Es wäre ehrenvoller für ihn gewesen, dem „unzweideutigen Willen“ der Hilfskassen-Generalversammlungen Geltung zu verschaffen. Statt dessen zetert er, natürlich „im Auftrage“, gegen den Verbandsvorstand. Dieser habe Generalversammlungsbeschlüsse nicht bis aufs Tipfelchen über dem „i“ beachtet. Sehe er zu, wieviel er auf dem nächsten Verbandstage damit komme. Für den Verbandsvorstand ist die Einführung der M.-1-Klasse zu einer Pflicht geworden, nachdem alle, aber auch alle Verständigungsversuche mit dem Dresdner Kassenvorstande oder richtiger gesagt, der Mehrheit desselben, völlig ergebnislos verließen. Ein längerer Zaudern hätte im Gegenteil schwere Vorwürfe über den Verbandsvorstand bringen müssen.

Eine „Glanzleistung“ ist die Berechnung, die Kollege R. seinem Artikel einfügt. Damit hat er sich von seinen Hintermännern böß hineinlegen lassen. Bedauerlich ist, daß der Dresdner Zahlstellenvorstand gestattete, diesen Artikel in seinem Namen zu unterzeichnen; denn er kann ihn vor der Drucklegung nicht gesehen haben, sonst hätte er die zweimal wiederkehrende Behauptung, in der 40-3-Klasse würden nach einem Jahre bis zu M. 25,25 Unterstützung bezahlt, während es M. 26,25 sind, nicht übersehen können. Für Reymann gibt die Zeichnung des Zahlstellenvorstandes aber einen sehr wirkungsvollen Hintergrund ab.

Führen wir uns nun einmal die Tatsachen vor Augen. Die vom Kollegen R. eingefügten Tabellen zeigen die nach einem Jahre fälligen Unterstützungsansprüche nach den geleisteten Beiträgen. Diese Methode ist natürlich grundfalsch, wie R. genau wissen muß, der während des Berliner Verbandstages in der Kommission für Durch-

beratung der Anträge zur Beitragsstaffelung sah, wo die Grundlagen einer gewissenhaften Rentabilitätsberechnung erörtert wurden.

Danach ist zunächst einmal der auf jedes Mitglied entfallende Durchschnittssatz der Generalunkosten zu suchen, in welchen alle an unsere Verbandsmitglieder gezahlten Unterstützungen nicht aufgenommen werden dürfen, da sie ja bezüglich ihrer Höhe eine Folge der Staffelleistungen sind, während sonst der Anteil der allgemeinen Verwaltungs-

Table with 7 columns: Staffelsatz (25, 40, 50, 60, 75, M. 1) and rows for Generalunkosten, Verband, and Unterst. Staffelsatz.

So sieht das wahre Bild aus! Danach ist die 25-M-Klasse die denkbar unrentabelste. Bestände unser Verband nur aus Zahlern dieser Klasse, er hätte die längste Zeit die Möglichkeit der Unterstützungsauszahlung beiseite;

Nun zeigt obige Tabelle für die M.-1-Klasse allerdings einen höheren Unterstützungsbeitrag als die übrigen Klassen mit Ausnahme der zu 25 M. Er ist jedoch nur wenig höher als in der 40-M-Klasse. Aber dabei vergesse man den wichtigsten Punkt nicht, nämlich den, daß doch das Prozentverhältnis der Bezugstage in den andern Klassen ein ungleich höheres sein muß als in der M.-1-Klasse, in der sofort doppelt soviel Bezugstage möglich sind, so daß für jeden Kenner — und namentlich Krankenkassenbeamten — klar auf der Hand liegen mußte, daß der Satz von 17 1/2 M nur scheinbar so hoch ist; in Wirklichkeit ganz erheblich niedriger sein wird; denn es werden eben 70 Bezugstage nicht so oft voll ausgenutzt werden wie 35. Unter allen Umständen ist die Behauptung, daß der nächste Verbandstag die Unterstützung in der M.-1-Klasse werde herabsetzen oder die Beiträge werde erhöhen müssen, ins Reich der Märchen zu verweisen.

Zum Schlusse: Die Kollegen der Orte, die sich in großer Zahl entschlossen haben, die höchsten Beiträge zu leisten, sind der Meinung, daß sie damit die gefüllten Munitionskisten für die Lohnkämpfe des Gesamtverbandes liefern, und werden sich in dieser ihrer Ueberzeugung auch nicht durch Anwürfe der Art beirren lassen, als seien sie „Klasse Gassen“ und als führten sie auf Kosten der Vermittler der Armen ein faules Luderleben! Darum sei die Parole: Nicht Zahlung der niedrigsten, sondern der höchsten Beiträge muß Ehrenpflicht aller sein, die es nur irgend ermöglichen können, damit auch den schlechtesten Arbeiterkategorien unser Verband die Möglichkeit gegeben wird, auf Grund bedeutender finanzieller Mittel durch immer schärfer und nachhaltiger geführte Kämpfe sich zu Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnissen emporzuhoben, die ihnen ihre vorenthaltenen Menschenrechte je früher um so besser endlich garantieren und so das Fundament schaffen, auf dem die gesamten Berufsangehörigen die sichere Stütze finden für noch größere Kämpfe und prächtigeren Erfolge. Max Barth, Berlin.

Literarisches.

Die österreichische März-Zeitung, herausgegeben von der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co, Wien VI, Gumpendorfer Straße 18, ist nicht nur der Erinnerung an die glorreichen Märztagung gewidmet, sondern auch dem Gedenken an Ferdinand Lassalles Arbeiteragitation. Im Frühjahr 1912 wird ja ein halbes Jahrhundert vollendet sein, seitdem Ferdinand Lassalle in Berlin den Kampf aufgenommen hat für die Forderungen der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstage von Paul Hirsch und Bruno Borchardt. Das Werk gibt zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über die gesamten Wahlen vom Jahre 1867 bis zum Jahre 1912 unter besonderer Berücksichtigung der sozialdemokratischen Beteiligung und Erfolge. An der Hand von fünf übersichtlichen Tabellen wird über das Stimmverhältnis, die Parteiverteilung, die Abgeordnetenzahl usw. Aufschluß gegeben.

Anzeigen.

Sichere Brotstelle!

In Vorstadt Radeburgs (Kreisauptstadt mit Garnison), in günstiger Lage, Grundstück zu verkaufen; für Bäckerei oder Konditorei besonders geeignet, da keine am Plage. Näheres durch Hans Wichmann, Architekt, Mölln i. Laueubg.

Bäckereigrundstück mit Krämerei

Nähe Hamburgs, Umsatz M. 24 400, bei M. 4000 Anzahlung zu verkaufen. Grundfläche M. 12 800, Preis M. 16 000. Off. unt. R. K. an die Exped. d. Blattes.

Im Nordseebad Westerland a. Sylt ist eine

Bäckerei

mit Einrichtung nebst kleinem Logierhaus sofort unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres durch Andr. A. Klein, Nordseebad Westerland a. Sylt.

SENKING WERK HILDESHEIM

Hoflieferant S. M. d. Kaisers :: Kgl. Bayr. Hoflieferant

empfiehlt sich zur Lieferung von

DAMPFBACKOEFEN

aller Art

als Auszug-, Einschließ- und Kombinationsöfen sowie Spezialöfen für Kleinbäcker und Konditoren zur Beheizung mittels fester Brennstoffe oder Gas

ferner zur Einrichtung kompletter

Brotfabriken u. Bäckereien

auf Grund langjähriger Erfahrung

Bei Bäckereien eingeführte rührige

Platz-Vertreter gesucht

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen

beden ihren Bedarf am besten bei Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei Hans Dersuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Zürich (Schweiz) :: Bäcker.

Verkehrslotal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hintern Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckereiarbeitern bestens.

Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. A. Kohler.

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlin, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle. Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar. Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr. Nach dem Unterricht: Gesellschaftsstunde. Für gewissenhafte Ausbildung leiste Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten. Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bernauerstr. 17.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

- Sonntag, 10. März: Altenburg: 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. ... Bismarckstr. 61. ...

- Montag, 11. März: Dresden: Öffentliche für Fabrikbranche. ...

- Dienstag, 12. März: Darmstadt: Im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. ...

- Mittwoch, 13. März: Augsburg: 4 Uhr, „Zur Nacht am Rhein“, Jesuiten-gasse. ...

- Donnerstag, 14. März: Amberg: 1 1/2 Uhr, „Aktien“, Georgenstraße. ...

- Freitag, 15. März: Braunschweig (Konditoren): 8 Uhr im „Felsen-teller“, Juliusstraße. ...

- Sonntag, 16. März: Elberfeld: 8 Uhr im Volkshaus. ...

- Sonntag, 17. März: Braunschweig: Gemeinsame Mitglieder-versammlung. ...

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbindehof 57. ...